

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 24.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinsereate pro 3gepalte Zeile oder deren Raum 25. f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 26. November 1904.

Verlag:
A. Bohrer, Hannover, Steintorstraße 6.
Verantwortlicher Redakteur:
August Brey, Hannover, Schillerstraße 5.
Druck von B. B. & B. B., Hannover.

13. Jahrg.

Vor Menschenquälerei wird gewarnt!

Vor Tierquälerei wird gewarnt! Bei Gelegenheit einer Agitationstour hastete kürzlich unversehens mein Blick auf einer an der Ecke eines Hauses angebrachten Tafel, die die vorstehende Warnung trug. An dem Hause vorbei führte eine Straße etwas steil hinauf. Die Aufschrift hatte ohne Zweifel den Zweck, den Führern von Lastwagen das Gewissen zu schärfen, bei Ueberwindung der Terrainschwierigkeiten nicht die Pferde zu mißhandeln. Der Tierschutzverein hatte der vierbeinigen Arbeitstiere gedacht. „Wir leben doch in einer sehr humanistischen Zeit,“ dachte ich bei mir, — da wurde ich von einer anderen Erscheinung in Anspruch genommen. Ein alterer Mann humpelte, auf zwei Stöcke gestützt, mühselig daher, sein rechter Fuß war mit alten Kleidungsstücken dick umwickelt. Nun konnte er nicht weiter und setzte sich auf eine kalte, steinerne Treppenstufe. Ich trat hinzu und erkundigte mich bei dem Manne, was ihm fehle. Unter Gestöhne wegen der Schmerzen am Fuß teilte er mir mit, er sei in der nahe gelegenen Fabrik als Transportarbeiter beschäftigt; es sei ihm infolge Reißens eines alten Strickes, dessen Ersatz schon lange vergeblich gefordert worden sei, ein schweres Eisenstück auf den Fuß gefallen. Er habe einige Zeit ohnmächtig dort gelegen. Mit etwas alter Leinwand und einer alten Toppe habe man ihm dann den gequetschten Fuß verbunden — und allein nach Hause geschickt! — Verbandklaffen und Krankentransportwagen gebe es auf der Fabrik nicht, wenn es ganz schlimm komme, werde eine Arbeitskolle zur Fortschaffung von Verletzten benutzt! — Jetzt werde die Karre aber gerade zum Kartoffeleinfahren für den Meister benutzt, und darum habe auch kein Arbeitskolle Urlaub bekommen, ihn nach Hause zu begleiten.

Ich sah auf und mein Blick fiel wieder auf die Warnung, kein Tier zu quälen, ich dachte: daneben müßte noch ein Schild hängen mit der Aufschrift: „Vor Menschenquälerei wird gewarnt!“

Ein Polizeibeamter, den ich anrief, weigerte sich, einen Wagen zu requirieren, wenn ich nicht die Kosten vorstreckte. — Zufällig fuhr ein Arzt vorbei, der, die Situation erkennend, ohne weiteres sich anbot, den Mann in seinem Wagen nach Hause zu fahren. Ich war damit der Verlegenheit, helfen zu wollen und nicht zu können, enthoben; hätte ich mich aber nicht des Mannes angenommen, er hätte mit seinem verletzten Fuße noch stundenlang auf der Straße liegen können.

Als ich an das Gittertor der Fabrik trat, sah ich, wie gerade ein paar junge Herren — Söhne des Besitzers, wie man mir mitteilte — mit Jagdgerätschaften ausgerüstet, den Wagen bestiegen. Dann fuhr man ab — zur lustigen Jagd, ein paar Hunde umtanzten in wildem Lauf den davonjagenden Wagen. — Zum Transport des verunglückten Arbeiters war der Wagen natürlich zu schade. . . . Ein kaum der Schule entwachsener Junge und mehrere ältere Leute sahen dem fortrollenden Wagen und dem Getöse der Hunde einige Augenblicke zu. — Das war eine furchtbare Sünde wider das heilige Kapital! Der Fabrikant trat auf den Hof, gab dem Jungen eine Ohrfeige, daß er zu Boden stürzte, dabei schrie er die Arbeiter an: „Was sieht ihr Faulenzer da und haltet Maulaffen feil?“ . . . Der liebenswürdige, humane Herr ist auch Vorsitzender im — Tierschutzverein!

Am Abend, als ich spät um 11 Uhr aus einer Versammlung heimkehrte, öffnete sich, gerade als ich dort ankam, die Tore einer anderen großen Fabrik — Hunderte Menschen, junge und alte, strömten heraus, man hatte eine halbe Ueberschicht gemacht. Plötzlich sah ich neben mir eine bekannte Gestalt, — richtig, das war mein ehemaliger Schulkamerad G. Doch von dem fröhlichen, lustigen Jungen war nichts mehr zu spüren; müde, gebeugt, schleppte der 40jährige sich dahin. Ich sprach ihn an, er sah auf und erkannte auch mich, ein müdes Nücheln überflog sein Gesicht! — Der Raubbau an seiner Arbeitskraft hatte ihn jung zu einem Greise gemacht, der alle geistige Spannkraft eingebüßt hatte. Er erzählte mir, daß er Jahr aus Jahr ein, wenn es die Konjunktur nur eben gestatte, mindestens wöchentlich eine bis zwei Ueberschichten mache, anders könne er seine Familie nicht über Wasser halten; 2,50 Mark sei sein Tagelohn, dabei oft für die

Frau und Kinder den Arzt im Hause. — Trotz der Ueberschichten sehe er oft die ganze Woche kein Stückchen Fleisch — aber das ergehe ja vielen so. Wenn er nicht schwer von Jugend an fürs tägliche Brot hätte arbeiten müssen, — kurz vor der Entlassung aus der Schule starb sein Vater — hätte er vielleicht ein Handwerk erlernen und etwas mehr verdienen können. Nun sei's einmal so, kein Mensch nehme sich der armen Teufel an, die Hunde und Pferde der Reichen lebten besser als die Arbeiter. . . .

So goß der Bedauernswerte einmal seine Bitterkeit aus. Ich hörte weiter, daß der Fabrikant ein harter Mann sei, der unter anderem auch seinen Arbeitern strenge untersagt hatte, die Versammlung, die ich an dem Abend dort abgehalten hatte, zu besuchen — bei Gefahr der sofortigen Entlassung und des sofortigen Hinauswurfs aus der Werkwohnung. Ich hörte weiter, daß mein ehemaliger Schulkamerad von der Arbeiterbewegung kaum etwas gehört hatte; die Strömungen der Zeit waren an ihm und den meisten seiner Arbeitsgenossen, die in dem etwas entlegenen Landstädtchen vollständig unter der Verdummungsherrschaft der Zentrumsprelle und dem Terrorismus der Fabrikanten standen, spurlos vorübergegangen. So gut es noch ging in der kurzen Spanne Zeit, läre ich meinen alten Freund auf und erhielt das bestimmte Versprechen: Ich werde Mitglied des Verbandes! Meine Aufklärung hatte dem Freunde Mut eingefloßt. Er ging an die Arbeit, nach wenigen Wochen schrieb er mir, ich sollte kommen, es könne nun eine Zählstelle gegründet werden. . . . Liefersinn sagte er, als ich kam: „So, nun wollen wir einen Menschenschutzverein gründen!“ Ich hatte ihm von dem Erlebnis, der Tafel mit der Aufschrift: „Vor Tierquälerei wird gewarnt“, und dem hilflos hinausgejagten verletzten Arbeiter erzählt, und ich verstand die furchtbare Satire auf unsere Verhältnisse und auf die Humanitäts-Heuchelei der honetten Gesellschaft.

An dem Abend in der Versammlung bekam ich noch ein paar Proben von dieser Humanitätsheuchelei und von der Notwendigkeit eines besseren Menschen-schutzes. Ein junger Mensch von 16 Jahren, ehemals die Hoffnung seiner Eltern, erschien in der Versammlung, aber nur mit einem natürlichen und einem Holzbein. — Der Fabrikant, der ihn früher beschäftigte, hatte eine unmittelbar über dem Boden befindliche Transmissionswelle nicht mit einer Schutzvorrichtung versehen. Der junge Mensch, der den Raum zu reinigen hatte, kam eines Tages einem Riemen zu nahe, er wurde erfaßt, herumgeschleudert, — das linke Bein war ihm überhalb des Knies fast vollständig abgerissen, es mußte amputiert werden. . . . Jetzt bekommt der Krüppel pro Monat 14 Mark Rente — und er sollte und wollte die Stütze seiner alten Eltern sein! Die Gabsucht des Kapitals hat ihn zum Krüppel gemacht, nun kann er darben bei seinen Eltern. Sein Ansuchen, ihm ein Gummibein zu gewähren, wurde abgewiesen mit dem Bemerkten. . . . ein Holzbein tue dieselben Dienste! — Als Mitglied eines Tierschutzvereins urteilt man sehr human, wenn es sich um Hunde und Pferde handelt.

Ein anderer Versammlungsbesucher erzählte, daß vor einiger Zeit ein Kollege während der furchtbaren Hitze vor einem Schmelzofen vom Schläge getroffen, hingenommen sei. Der Unglückliche sei nun gelähmt und werde nie wieder arbeitsfähig, im Gegenteil, er bedürfe ständiger Wartung. Die Berufsgenossenschaft habe die Zubilligung einer Rente abgelehnt; es liege kein Unfall im Sinne des Gesetzes vor. — Nun werde der Mann wohl der Armenverwaltung zur Last fallen. Proletarierlos!

Eine Landproletarierin, die sich nicht getraute, in der Versammlung zu sprechen, erzählte mir nachher folgende Erlebnisse. Schon seit Beginn der Schulzeit mußte sie bei einem Gutsherrn arbeiten, damit sie den Eltern wenigstens die Last der Verköstigung abnahm oder milderte. Wenn der Verwalter, vom Spazierritt heimkehrend, über den Acker jagte, hatte er oft mit der Peitsche zwischen die arbeitende Kinderschar. Später sei sie ganz zu einem Gutsherrn in Dienst gegangen und habe ein Leben voller Qual geführt. Morgens 3 oder 4 Uhr hieß es aufstehen und abends 10 Uhr war meist noch kein Feierabend, dabei gab es halb satt zu essen und jeden Tag Schläge! Einmal sei sie zum Amtmann gerannt und habe diesem ihr Leid geklagt. Das sei ihr schlecht bekommen; der Amtmann habe sie durch einen Polizisten

wieder aufs Gut bringen lassen und nun habe erst recht ein Hölleleben begonnen. Schließlich habe sie sich von einem Agenten als Fabrikarbeiterin anwerben lassen. Die ersten Monate sei ihr Verdienst gerade ausreichend gewesen, die Menage zu bezahlen. Der Mißhandlung sei sie nun entflohen, aber die Quälerei in der Fabrik sei doch auch furchtbar. Der Lohn betrage oft kaum eine Mark, dafür könne man kaum ein Logis haben. In der Menage zu wohnen, wo man etwas billiger leben könne, erlösen sich nur wenige Arbeiterinnen, es sei dort mindestens auch nicht angenehm. Die Not, die öfter durch die schlechte Entlohnung hervorgerufen wird, habe bei vielen das Gefühl für die Geschlechtschre sehr gelodert, man sehe gerade keine Schande drin, gelegentlich den Körper zu verkaufen — wenn der Hunger peinigt. . . .

Zimmer wieder fiel mir das Schild mit der Warnung vor Tierquälerei ein, und je mehr ich erzählen hörte von der sozialen Not des Volkes, desto mehr empfand ich jene Warnung als Hohn, als schreienden Hohn auf die Menschheit! Nicht weil der Tierschutz zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden ist, sondern weil der Menschenschutz so sehr vernachlässigt wird von jenen Leuten, die als Mitglieder von Tierschutzvereinen mit Humanität oft nur Sport treiben. Gewiß, das Tier ist unvernünftig und kann seine Leiden nicht klagen, aber der Hund, der eine Wurst stiehlt, wenn er Hunger hat, wird auch nicht ins Gefängnis gesteckt und entehrt, wie der denkende Mensch, der oft genug aus Jammer und Glend seinem Leben gewaltsam ein Ende macht. Mancher übertrat mit Absicht die Gesetze — um ins Gefängnis zu kommen, vor Hungerqualen war er da geschützt; Mütter brachten ihre Kinder um, weil sie kein Brot für die „Ebenbilder Gottes“ schaffen konnten — und mancher rafft als Unternehmer aus dem Schweiß der Arbeit Millionen zusammen, verpraßt in einer Nacht mehr, als eine Arbeiterfamilie im ganzen Jahre Einkommen erzielt. Wenige schlemmen in raffiniertem Ueberfluß — Tausende verderben in Not auf der Straße! Wahrlich, es wäre notwendig, an jeder Straßenecke, in jeder Werkstat, an jedem Fabrikshornstein Tafeln anzubringen, die in weit leuchtenden Lettern die Aufschrift tragen: „Vor Menschenquälerei wird gewarnt!“

Aber die herrschende Gesellschaft wird keine Menschenchutzvereine gründen, im Gegenteil, in der Presse des Unternehmertums, von deren Vertretern in den gesetzgebenden Körperschaften wird gewarnt vor übertriebenem sozialen Eifer.

Die Arbeiter selbst müssen Menschenchutzvereine gründen — nein, nicht gründen, nur müssen sie alle Mitglieder solcher Vereine werden, diese dadurch stark und einflußreich machen. Gegründet sind solche Vereine längst, gegründet von Arbeitern, — es sind die gewerkschaftlichen Organisationen! Leider haben viele Arbeiter die Bedeutung dieser Schutzvereine noch nicht erkannt und bleiben ihnen noch fern. Das muß anders werden! Jeder Arbeiter muß einsehen lernen, daß er nicht auf fremde Hilfe warten darf, daß er selbst in und durch die gewerkschaftlichen Organisationen und durch politische Betätigung in der Arbeiterbewegung sich den Schutz erringen und erkämpfen muß, den ihm die herrschende Gesellschaft versagt. Die gewerkschaftliche Organisation kämpft für Lohn- und Arbeitsbedingungen, die eine menschenwürdige Existenz gestatten, und die politischen Bewegungen werden die Befreiung von der sozialen und wirtschaftlichen Not ertrocken, wenn die Arbeiterschaft geschlossen beiden Bewegungen sich anschließt.

Darum Arbeiter, zu eigenem Schutze, zum Schutze für die Angehörigen, zum Schutze für die Gesamtheit der Armen und Unterdrückten — hinein in die Menschen-schutzvereine! — — — — — D.

Das Kontraktbruch-Gesetz in der Schweb.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des bekannten Gesetzes zur Wiedereinführung der Beisitzenschaft der Kleinbauern und der ländlichen Arbeiter (offiziell betitelt: „Gesetzentwurf, betreffend die Ermächtigung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesinde“) wurde am 7. November die Spezialdiskussion der ersten Lesung begonnen. Sie hat mit Ablehnung der Nr. 1 des § 1 durch Stimmengleichheit geendet.

§ 1 Nr. 1 will mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestrafen, wer ein Dienstboten (Gesinde) oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur land-

Soziale Rundschau.

Wichtigste Arbeit oder zum Genußdienst noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt. Daß diese gesetzliche Verankerung der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter mit der Reichsregierung, der Reichsversammlung, dem Reichspräsidenten und der Gewerbeordnung (auch industrielle Arbeiter werden strafbar) in Widerspruch steht, ist wiederholt dargelegt, im Reichstag auseinandergesetzt und dort selbst vom Vertreter des Reichsanwalts zugegeben. Die Konservativen suchten trotzdem diesen Einbruch in das Reichsrecht zu sanktionieren. Nur beantragten sie in der Kommission, daß nach Ablauf von sechs Wochen nach der unrichtigen Lösung des Dienstverhältnisses die Vorgesetzten des Arbeiters aufhören und daß der obengenannte wieder gegebene Zwischenfall durch einen grammatischen und logischen noch unvernünftigeren Satz ersetzt werden sollte, der dahin lautete: „hinichtlich deren ihm bekannt ist, oder infolge großer Fahrlässigkeit unbekannt ist.“ Ihr Antrag und dann der Antrag der Regierung wurde mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Freiwilliche, Zentrum und Nationalliberale stimmten geschlossen gegen beide Vorschläge. Daß aber Nationalliberale und Zentrum im Herzen für die Absicht des § 1 Nr. 1 sind, beweist ja u. a. der Umstand, daß beide Parteien noch im Februar dieses Jahres den Erlaß solcher Vorschriften verlangt hatten.

Die Nationalliberalen kennzeichneten ihre Stellung durch folgende Resolution: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die künftige Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß im Wege der Reichsregierung 1. in Anlehnung an die Bestimmungen der §§ 124b und 125 der Gewerbeordnung der Bruch von Dienstverträgen aller Art, die Verleitung zum Vertragsbruch und die Annahme vertragsbrüchiger Arbeitnehmers, 2. die widerrechtliche Verhinderung des Arbeitszeugnisses bei Beendigung des Dienstverhältnisses unter eine besondere zivilrechtliche Haftung gestellt wird.“ Ueber diesen Vorschlag, der vom Reich eine Ausnahmebestimmung gegen alle Arbeiter begehrt, wird erst am Schluß der Beratungen der Kommission abgestimmt werden. Daß die Nationalliberalen solche Ausnahmebestimmung beantragten, ist für sie kennzeichnend. Ueber ihren arbeitgeberfeindlichen Vorschlag ein weiteres selbst ihre Verlagerung einer Vertragsbrüche über den Rahmen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeiter hinaus erst meinen, ergibt ein Blick auf die ärztliche und pastorale Praxis. Wünschen die Nationalliberalen, daß Ärzte oder Pastoren, die ihre Vertragspflicht nicht erfüllen, bestraft werden? Oder hoffen sie, daß in solchen Fällen „unparteiische“ Richter immer einen wichtigen Grund zur Aufhebung des Vertrages finden werden?

Die Nr. 2 des § 1 des Vertragsbruch-Gesetzes will im Gegensatz zur Reichsregierung bestrafen, wer in gewinnlicher Absicht für die unter 1 genannten Arbeitnehmer ein neues Dienstverhältnis vermittelt, obwohl er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß er einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Genußdienst noch verpflichtet ist.“ Die Konservativen wollen demselben Gedanken folgende Fassung geben: „... wer aus Eigennutz oder im Vermögensinteresse eines anderen einer Person, welche einem anderen durch Dienstvertrag verpflichtet ist, zur Erlangung eines vor Aufhebung dieses Dienstvertrages anzutretenden anderweitigen Dienstes behilflich ist. Die Bestrafung soll nicht eintreten, wenn 1. der Täter trotz Anwendung der erforderlichen Sorgfalt von dem bestehenden Dienstvertrage keine Kenntnis hat; 2. seit dem Bruch des Dienstvertrages eine Frist von vier Wochen verstrichen ist.“ In der Kommission wurde hervorgehoben, daß beiden Vorschlägen die Reichsregierung im Wege stehe. Außerdem würde die Vorschrift naturgemäß die Vermittler dazu veranlassen, nur noch kurze Verträge abzuschließen. Zu einer Abstimmung über diese Nr. 2 des § 1 kam es noch nicht. Die nächste Kommissionssitzung soll erst nach Wiederanahme der Plenarverhandlungen Ende November oder Anfang Dezember stattfinden.

Man ersieht schon aus den Verhandlungen, wie heiß das Verlangen des Zustandekommens einer neuen Ausnahmebestimmung zuzunehmen der Landproletariat ist. Die Preisfurcht der Agrarier und ihr Daß gegen schwer arbeitende Landleute treibt sie zu Vorschlägen, die der Reichsregierung im Gesicht schlagen und in ihrer Wirkung auf eine Vermehrung der Leute und des Glanzes der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter hinauslaufen. Nicht neue Ausnahmebestimmungen, sondern Befestigung der bestehenden Ausnahmebestimmungen gegen die ländlichen Arbeiter und das Gefährde tut dringender Not. Von den Ausnahmebestimmungen, unter denen die durch lange Arbeitszeit, schlechten Lohn und arme Behandlung so entmenschten Landproletariat und das gesamte Proletariat leiden, heben wir folgende hervor:

1. Gerichte nach Art der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte für gewerbliche Arbeiter fehlen. Die meisten von den Landwirtschaftskammern entworfenen Verträge entziehen die Streitigkeiten sogar dem ordentlichen Richter und überweisen sie „Schiedsgerichten“, deren Obmann die Landwirtschaftskammer ernannt.
2. Gemütliche Zustimmungen und Schlichtungsstellen gegen übermäßige Ausnutzung fehlen.
3. Eine reichsrechtliche Krankenversicherung fehlt; die in einigen Kreisen kantonalisch festgelegte Krankenversicherung ist ebenfalls ungenügend.
4. Bei Unfällen steht dem Kleinbauern und dem ländlichen Arbeiter eine noch schlimmere „Rente“ als dem städtischen Arbeiter zu. Der Unfallversicherung fällt überdies fort.
5. Das Gesetz vom 24. April 1854 schafft gegen das Gefährde wie gegen sämtliche ländlichen Arbeiter unserer Provinz und der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz nach drei Richtungen hin besondere Ausnahmevorschriften. Es bedroht nämlich mit Bestrafung:
 1. „Ungehörig und Unvorsichtig“ gegen den Arbeitgeber — ja den Insulten und herrschaftlichen Tagelöhnern gegenüber auch gegen die Herrschaft, mit welcher der Insult in keinem Vertragsverhältnis steht.
 2. Unberechtigtes Verlassen oder Nichtantreten des Arbeitsverhältnisses.
 3. Verhinderung der Arbeitsleistung oder Auflockerung hierzu.
6. Die Gewerbeordnung macht unser Gewerbe maßlos rechtlos und läßt sogar die Zurückführung eines Gefährdes in der Zukunft zu.
7. Die Ausübung des Wahlrechts ist ihnen durch § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854 fast vollständig verweigert.

Die Forderung der Gerechtigkeit kann nur sein: Fort mit allen diesen und anderen Ausnahmebestimmungen gegen ländliche Arbeiter, Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern und Schaffung eines Arbeiterbundes für ländliche Arbeiter.

Die Kampfaktionen der Gewerkschaften der Arbeiter, durch Einleitung einer neuen Art Zwangsarbeit die ländlichen Arbeiter in Freiheit zu erlösen, zeigen, daß selbst sie innerlich von der gewerkschaftlichen und politischen Konzeption der Erfüllung der von ihnen erhobenen Forderungen überzeugt sind und diese nur noch durch formale Hindernisse, wie die gesetzliche Verankerung und Ausgestaltung der Landarbeiter, hinausgeschoben werden.

— Die Lage auf dem Arbeitsmarkte zeigte im Oktober ein weniger günstiges Bild. Zwar die überwiegende Anzahl der Beobachtungsstationen konnte noch eine Besserung im Vergleich zum Vorjahre feststellen, doch wiesen sehr wichtige Plätze auch schon eine empfindliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre auf. Die Lage ist zum Teil derart, daß man an diesen Plätzen auf eine stärkere Arbeitslosigkeit in den strengen Wintermonaten gefaßt sein muß. Vor allem fällt das ungünstige Gepräge in einer Reihe von Städten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks auf. Auch an einigen Ostplätzen war der Verkehr schwächer als vor Jahresfrist. Es fällt dies für die Beurteilung umso mehr ins Gewicht, als zu diesen Plätzen außer Memel und Stettin auch Hamburg gehört. Eine Reihe recht großer Plätze zeigt zwar keine Verschlechterung gegen 1903, aber der Stand ist so ziemlich auf dem Niveau des Vorjahres angelangt, so vor allem in Berlin, Magdeburg, Dresden, Nürnberg und München. Dabei ist nicht zu verkennen, daß, ohne Rücksicht auf das Vorjahr betrachtet, die Lage des Arbeitsmarktes in Berlin recht günstig ist. In allen Gewerben fanden hier zahlreiche Einstellungen während des Monats Oktober statt. Auf dem Arbeitsmarkte der ungelerten Arbeiter verspürte man schon deutlich die aus Anlaß der Weihnachtssaison steigende Nachfrage nach Arbeitskräften. Steht doch gerade in Berlin der Weihnachtverkehr an die Geschäftswelt so große Anforderungen, daß sie sich schon Wochen vorher auf den Andrang des Fuhrwerks während der Dezembertage vorbereiten muß. Im Gegensatz zu der Lage des Arbeitsmarktes in den bisher aufgeführten Bezirken und Plätzen zeigte, abgesehen von den Großstädten, Süddeutschland und vor allem Württemberg eine günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes während des Oktobers.

— Die deutsche Zuckersatzung. Die an den Zuckermärkten sehnlichst erwartete Betriebsstatistik über die Produktion der deutschen Zuckerraffinerien in dem Zeitraum vom 1. September bis zum 31. Oktober d. J. wird soeben im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Im Gegensatz zu der französischen Statistik, die über Ertragsmäßigkeit Betriebsergebnisse aufwies, gibt die deutsche Betriebsstatistik den pessimistischen Erwartungen recht. Die Zuckermärkte in Hamburg, Magdeburg und Prag verkehrten am Abend des 15. November wieder in sehr fester Tendenz. Die Preissteigerung belief sich gegen die Eröffnungsnotiz auf ca. 80 Pf. pro 100 Kilogramm. Die Statistik entrollt über die Tätigkeit der Fabriken folgendes Bild: In der Zuckerkampagne 1904/05, die am 1. September d. J. begonnen hat, sind im Deutschen Reich in Tätigkeit 373 Zuckerraffinerien gegen 384 Betriebe in der Kampagne 1903/04. Von diesen Fabriken wurden seit dem 1. September d. J. 41 031 003 Doppelzentner Rüben verarbeitet (gegen 51 086 592 Doppelzentner in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres). In Rübenroh Zucker aller Art wurden in der genannten Periode gewonnen 4 870 067 Doppelzentner (5 892 701 Doppelzentner im Vorjahre). In den Raffinerien wurden an Verbrauchszucker hergestellt 2 177 829 Doppelzentner (gegen 2 087 952 Doppelzentner in dem Zeitraum vom 1. September bis 31. Oktober v. J.). Die Zuckerraffinerien haben also trotz des geringeren Ertragsmäßigkeit der diesjährigen Rohzuckerproduktion mehr raffinierte Ware als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres hergestellt. Das spricht einerseits dafür, daß der Konsum unter den gegenwärtigen Preisen noch keinen Rückgang erfahren hat. Andererseits dürfte die Preissteigerung am Rohzuckermarkt aber die Raffinerien ihrerseits auch zu erhöhter Tätigkeit angepörrnt haben.

— Die Gesamt-Summi-Produktion der Welt, welche an sich in der Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904 um 6156 Tons höher als im Jahre 1902 bis 1903, und um 7872 Tons höher als im Jahre 1901 bis 1902 war, betrug in der Zeit vom

1. Juli 1902 bis ultimo Juni 1903	53 887 Tons,
1. Juli 1903 bis Juni 1904	55 603
1. Juli 1904 bis Juni 1905	61 759

Dagegen betrug der Total-Summi-Konsum der Welt in der Zeit vom

1. Juli 1901 bis ultimo Juni 1902	51 170 Tons,
1. Juli 1902 bis Juni 1903	55 276
1. Juli 1903 bis Juni 1904	59 666

Die Total-Summi-Vorräte der Welt beliefen sich ultimo Juni 1902 auf 6 816 Tons, Juni 1903 auf 5 053, Juni 1904 auf 4 388.

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß, wenn auch die Produktion etwas gestiegen, der Konsum doch unverhältnismäßig größer geworden ist, wohingegen die Weltvorräte wieder zurückgegangen sind.

— Die Telephon-Aktien-Gesellschaft vorm. J. Berliner, Hannover, hat einen Bruttogewinn von 596 104 Mk. (420 393 Mk.). Von dem Reingewinn von 340 357 Mk. (i. S. 163 011 Mk.) werden 9 Prozent Dividende gezahlt (6 Prozent i. S.) bei 2 Millionen Mk. Aktienkapital. Der Brutto-Uberschuss der Harzortischen Bergwerke und Gemischen Fabriken, Schwelm und Harzorten, beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahre 1 578 920 Mk., der Reingewinn nach Abzug der Abschreibungen, Rücklagen und Lasten 902 728 Mk. (i. S. nach 786,69 Mk. Zuzufolge auf Kursari 526 445 Mk.). Auf das Aktienkapital von 9 Millionen werden 9 Prozent Dividende gezahlt. Das Vorjahr war dividendenlos, weil die Generalversammlung beschloß, nicht nur den Gewinn

zu Abschreibungen auf Kursari zu verwenden, sondern auf diese Grube insgesamt 2 131 883 Mk. abzuschreiben. Es entstand daher im Vorjahre ein Verlust von 1 616 751 Mk., der aus dem Reservefonds gedeckt wurde. In diesem Jahre nimmt die Gesellschaft eine Ueberweisung von 360 000 Mk. auf den mit 40 000 Mk. bestehenden Erneuerungsfonds vor. Die Gesamtgoldgewinnung der Siebenbürgener Bergwerke betrug 1654,69 Kilogr. gegen 1427,82 Kilogr. im Vorjahre. Das Aktienkapital wurde laut Generalversammlungsbeschluss von 10 000 000 Mk. auf 9 Millionen herabgesetzt. Auf neue Rechnung werden 22 861 Mk. vorgetragen.

— Die Continental-Casualty- und Gattapercha-Compagnie, Hannover, hat für ihre Leistungen von der Leitung der Weltausstellung in St. Louis den Grand Prix (Großen Preis) zuerkannt bekommen. Diese Auszeichnung ist nicht zum wenigsten der Lichthelligkeit unserer beim Dividendenungeheuer beschäftigten Kollegen zugumessen.

Auch die Deutsche Petroleum- und Wachstuch-Compagnie, Rixdorf, erhielt in St. Louis nach einer Nachricht der „Rossischen Zeitung“ den Großen Preis.

— Stuttgart. Die Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldshall, A.-G., berichten: Infolge der anhaltenden rückläufigen Konjunktur in Cyan- und Chromsalzen sind die Preise auf einen so niedrigen Stand herabgedrückt worden, daß diese Fabrikation zeitweilig eingestellt werden mußte. Auch für den Artikel Brom sind die Aussichten für die Zukunft dadurch ungünstiger geworden, daß nach Einführung eines amerikanischen Zolles von 25 Prozent des Wertes die amerikanischen Bromerzeuger ein früher mit denselben getroffenes Abkommen gekündigt und begonnen haben, Brom und Bromsalze in die Interessensphäre der deutschen Bromkonvention einzuführen. Die von der Gesellschaft zu treffenden Gegenmaßnahmen wurden durch die Haltung der deutschen Regierung sehr erschwert, welche es ablehnte, vor Eintritt eines wirklichen Notstandes die Einführung eines Zolles auf Brom und Bromsalze in Erwägung zu ziehen. Die Dividende für 1903/04 beträgt bekanntlich 5 Prozent für die Stammprioritätsaktien und 2 Prozent für die Stammaktien.

— Die Deutschen Kachelwerke, A.-G., Berlin, schließen das Geschäftsjahr 1903/04 bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark mit einem Gewinn von 78 007 Mk. ab. Als Dividende gelangen 3 Prozent zur Verteilung.

— Harburg. Der Jahresbericht der Handelskammer für 1903 berichtet über die Industrie der Steine und Erden:

Die Lage der Ziegelindustrie an der Unterelbe war im ganzen im letzten Jahre eine recht gute und gewinnbringende. Die Preise für Steine des dicken Formats, sogenanntes Hamburger Normalformat, stellten sich im Herbst höher; dieselben wurden bis zu 21,50 Mk. bezahlt. Die Nachfrage nach dem Material war eine ziemlich rege, so daß die Bestände zum großen Teil geräumt werden konnten. Das Ziegelindikat hat sich auch im vergangenen Jahre wieder gut bewährt und durch die Produktionseinschränkung die das Geschäft schädigende Ueberproduktion verhindert. Die Ziegelei von J. C. Kersten in Stade beschäftigte 33 männliche Arbeiter und fabrizierte aus ca. 11 400 Kubikmeter Ton 3 800 000 Mauersteine Hamburger Normalformats. Die Aktiengesellschaft Portland-Zementfabrik in Gemmoor beschäftigte 1283 Arbeiter und produzierte 848 192 Tons Portland-Zement, wozu 149 700 Kubikmeter Kreide und 49 900 Kubikmeter Ton Verwendung fanden. Infolge der weiter rückgängigen Zementpreise ist das Ergebnis ein wenig ungünstiger als im Vorjahre gewesen.

Der Geschäftsbericht dieser Gesellschaft besagt folgendes: Die in unserem letzten Bericht für das abgeschlossene Geschäftsjahr ausgesprochenen Erwartungen sind nur zum Teil in Erfüllung gegangen. Die Nachfrage nach Portland-Zement im Inlande blieb während des ganzen Jahres, diejenige auf dem Exportmarkte aber nur bis Ende August rege; in den letzten 4 Monaten lag die Schwierigkeit, Abschlüsse für Lieferungen in das Ausland zu schließen, sogar wesentlich. Unser Versand blieb deshalb mehr als 10 Prozent hinter der im Februar letzten Jahres erwarteten Höhe zurück. Da die binnenländische Konkurrenz trotz des lebhaften Inlandgeschäftes ihre Angebote erniedrigte, sind unsere Durchschnittspreise hinter denjenigen des Vorjahres um 6 Prozent zurückgefallen und ist das Ergebnis statt besser, ein wenig ungünstiger als im Vorjahre ausgefallen.

Unser Bestand an Zement betrug zu Beginn des Berichtsjahres 61 437 Tons, hergestellt wurden 848 192 Tons, zusammen 909 629 Tons. Wir brachten davon zum Versand 844 303 Tons und behielten am Schluß des Jahres einen Vorrat von 65 326 Tons.

Der Handel in Lorf und Lorfstein war auch im letzten Jahre ein recht flotter; die beiden in unserem Bezirk befindlichen Lorfsteinfabriken waren voll beschäftigt. Brenntorf wird vielfach mit der Bahn nach Harburg-Hamburg verladen und war im letzten Jahre hauptsächlich nach diesen Orten der Absatz ein recht reger und bedeutender. Ein neues großes Absatzgebiet verspricht man sich nach den Weserstädten Bremerhaven, Geestemünde und Lefse, sobald das von der Eisenbahnverwaltung vorgelegte Projekt des Anschlußgleises zu dem an der Oberelbe mit nicht geringen Kosten fertiggestellten Umschlagshafen hergerichtet sein wird.

Der Kalksteinbruch zu Müdersdorf, der auf gemeinschaftliche Rechnung des Fiskus und der Stadtgemeinde Berlin ausgebeutet wird, hat in den letzten Jahren wechselnde Erträge geliefert. Der Fiskus erhält fünf Sechstel, die Stadtgemeinde ein Sechstel des Reingewinnes. Die Gemeinnanteile der Stadt Berlin betragen 1900: 61 668 Mk., 1901: 41 668 Mk., 1902: 18 328 Mk. und 1903: 39 133 Mk. Demnach war der Reingewinn, den das Werk im ganzen abgeworfen, im Jahre 1900: 370 008 Mk., im Jahre 1901: 260 008 Mk., im Jahre 1902: 109 965 Mk., im Jahre 1903: 243 798 Mk. Wenn in den Jahren 1901—02 der Reingewinn gesunken, so ist im verfloffenen Jahre eine nette Steigerung zu verzeichnen.

Neues von den Schwindelkassen. In Berlin haben die wegen rückständiger Beiträge verklagten früheren Mitglieder der „Deutschen Volkskrankenkasse Verolina“ sich auf Anraten des mit diesen Prozessen betrauten Richters zusammengeschlossen, um den Speich umzudrehen, d. h. die Macher der Verolina auf Rückzahlung der erhobenen Beiträge zu verklagen. Zu einer neulich anberaumten Zusammenkunft früherer Mitglieder hatten sich über 100 Personen eingefunden. Es wurde ausgeführt, daß die Kasse schon 1902 insolvent gewesen sei; trotzdem 25 000 Mitglieder vorhanden waren, habe der Vorstand erklärt, Krankenunterstützung nicht zahlen zu können, weil kein Geld vorhanden sei. Es wäre mithin eine Unverschämtheit, wenn die ohnehin schon geprellten Mitglieder jetzt noch rückständige Beiträge bezahlen sollten. Es wurde dann beschlossen, an alle ehemaligen Mitglieder einen Aufruf zu richten zwecks Herbeischaffung der zur gerichtlichen Prüfung der Bücher notwendigen Geldmittel. Sodann sollen Klagen gegen die Gründer und Leiter der Kasse angestrengt werden auf Zurückzahlung der geleisteten Beiträge. Diesem Vorgehen ist selbstverständlich vollster Erfolg zu wünschen.

Die Anstellung eines Arztes bei der Fabrikinspektion soll, nachdem Württemberg damit vorausgegangen, nun auch in Baden verwirklicht werden. Der Gewerbeinspektor dieses Landes untersteht 8000 Betriebe mit 200 000 beschäftigten Personen.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Berlin sind zurzeit im Auslande bzw. ausgesperrt 1669 Holzarbeiter, wozu noch 1052 streikende Klavierarbeiter kommen. Der Kampf kann sich event. noch bis zum Frühjahr hinziehen. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, daß alle ledigen Leute abreisen sollen, ferner wurde der Beitrag von 60 Pf. auf 1 Mk. erhöht.

Wegen Lohnreduzierung haben 6 auf einer Mühle in Steinförde bei Fürstenberg i. W. beschäftigte Kollegen die Arbeit niedergelegt. Sie erhielten einen Tagelohn von 2,50 Mk., das war nach Meinung des Arbeitgebers zu viel, er machte Lohnabzug. Nach vorgenommener Aussprache unseres Bevollmächtigten mit dem Besitzer gelang es, eine Abmachung zu erzielen, derzufolge der Lohn zukünftig für Sommer und Winter 2,60 Mk. betragen soll. Am 25. November nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf.

In Garzburg legten 5 Kolleginnen die Arbeit nieder. Sie waren auf der Filtermassefabrik beschäftigt bei einem Lohn von 1,20 Mk. pro Tag. Für diese kolossale Bezahlung hatten sie Stoffe zu sortieren. Im Afford verdienten sie nicht einmal den hier angegebenen Lohn, sondern kamen nur auf 1,10 Mk. Trotzdem mutet der Herr Direktor Wolzendorf eine Mehrleistung zu. Bei dieser Bezahlung hatten die Kolleginnen früher nicht nötig, die Nähte auszuschnneiden, das muß aber jetzt geschehen. Das bedeutet nach Meinung der Arbeiterinnen eine Mehrleistung, welche sie bei gleicher Bezahlung nicht übernehmen wollen. Der ortsübliche Tagelohn für erwachsene weibliche Arbeiterinnen beträgt für Stadt- und Amtsbezirk Garzburg 1,20 Mk. Sollen sie denn unter dem ortsüblichen Tagelohn arbeiten? Das müssen sie, wenn ihnen der Afford verschlechtert wird. Der Herr Direktor hätte wirklich nicht notwendig gehabt, eine bezahlte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen anzubahnen, noch weniger aber war es notwendig, die Arbeiterinnen die Arbeit niederlegen zu lassen. Die Beibehaltung der ohnedies großen Bezahlung gefährdet die Existenz des Betriebes gewiß nicht, wenn diese sonst nicht gefährdet ist.

In Marxstadt wollte der Inhaber der Fabrik für Blechvernickelung Bauer u. Rehwinkel Nachf. eine Lohnreduzierung vornehmen. Diese sollte am 3. November in Kraft treten. Angebahnte Verhandlungen zu dem Zwecke, die Lohnabzüge zu verhindern, hatten nicht den gewünschten Erfolg, und so legten 17 Kollegen und 23 Kolleginnen die Arbeit nieder. Nachdem der Streik eine Woche gedauert, rief der Herr Fabrikbesitzer den Herrn Bürgermeister als Schiedsrichter an. Natürlich waren unsere Kollegen zu Verhandlungen bereit. Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters wurden die Verhandlungen gepflogen. Der Ausgang besteht in der Zurücknahme der Lohnreduzierung bis auf eine Position. Dafür wurde für Schweißarbeiten den Maschinenpolierern der Lohn von 2,50 Mark auf 3,50 Mk. erhöht. Das Nimmennähen, welches bislang in die Affordarbeit mit einbezogen war, ist dahin geregelt worden, daß größere Reparaturen die Firma zu machen hat. Die weiblichen Arbeiter haben eine Erhöhung ihres Mindestlohnes von 14 auf 16 Pf. pro Stunde erhalten. Der Herr Fabrikant hatte Austritt aus der Organisation verlangt. Darauf meinte der Herr Bürgermeister, die Mitglieder erhielten Umzugsgeld, Sterbegeld und andere Unterstüßungen, auf welche zu verzichten man ihnen nicht zuzumuten könne. Der Herr ließ dann die Forderung fallen. Der Ausgang dieses Kampfes hat wieder einmal den Wert der Organisation aufs deutlichste bewiesen. Darum rufen wir allen Kollegen und Kolleginnen von Marxstadt zu: Organisiert euch!

In Dresden haben die in der Bettischenfabrik von O. Müller Söhne beschäftigten Kollegen die Arbeit niedergelegt. Seit 18 Jahren sind in dieser Fabrik die Afford-Löhne nicht erhöht worden. Jede Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise mußten sie durch größere Anspannung der Kräfte ausgleichen. Der Versuch, durch friedliche Auseinandersetzung über eine eingetragene Lohnforderung eine Verständigung zu erzielen, schlug fehl. Da legten alle Arbeiter bis auf 2 die Arbeit nieder. Jedenfalls denkt Herr Müller, der Hunger wird die Arbeiter schon wiederbringen. Aber Herr Müller irrt sich. Die Arbeiter denken nicht daran, unter den alten Bedingungen zurückzukehren, sie wissen genau, daß es nicht möglich ist, zu dem bisherigen Preise die Bettischen fertigstellen zu können, am allerwenigsten mit den Senten, die jetzt im Betriebe sind, und deshalb tätete Herr Müller gut, sich, je eher desto besser, mit den Arbeitern zu verständigen. Daß Arbeiter, von denen zwei Drittel länger wie 5 und die Hälfte länger wie 10 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, nicht grundlos streiken, ist für jeden Einsichtigen sonnenklar.

In der Waggonfabrik in Dessau haben sämtliche Hülsenarbeiter, Metallarbeiter und Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie erklärten sich dadurch solidarisch mit den Schmiedern, die vor acht Tagen in den Auslande getreten sind. Der Grund dafür war die Verweigerung der Streikarbeit für die Waggonfabrik in Dessau und die darauf erfolgende Maßregelung einzelner Schmiede.

Der Streik in der Waggonfabrik in Dessau ist bereits in die sechste Woche eingetreten. Die Direktion hat insgesamt fünf Arbeitswillige gefunden. Die Streikenden glauben, daß sie noch bis zum nächsten Jahr aushalten müssen. Zugang ist fernzuhalten.

In München haben die bei der Dachpappenfabrik A. F. Walchow beschäftigten Kollegen am 2. November die Arbeit niedergelegt. Der Grund war mangelhafte Bezahlung, Mißachtung der Organisation und ungünstige Behandlung der Kollegen. Zur Lohnforderung war unter anderem die hier herrschende Lernerzeugung maßgebend. Die Preise für Fleisch sind zurzeit hier so hoch, daß Fleisch für die Arbeiter unerschwingbar ist. Aber auch andere Nahrungsmittel haben ganz enorme Preissteigerungen von 50, 100 und mehr Prozent erfahren. Gemäße kann sich der weniger Bemittelte hier überhaupt nicht mehr verschaffen. Kartoffeln sind teuer und schlecht. Rohst ist heute schon doppelt so teuer, wie im Vorjahre, und die Hülsenfrüchte steigen ebenfalls enorm. Wie soll da der Arbeiter bei solchem, fargem Lohn auskommen? Eine am 13. Oktober abgehaltene Fabrikbesprechung beschloß, den Geschäftsführer der Fabrikstelle München mit der Anbahnung von Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beauftragen. Befordert sollte werden:

1. Eine Lohnerhöhung von 10 Prozent.
2. Zahlung eines Mindestlohnes von 32 Pf. pro Stunde.
3. Bezahlung der Ueberstunden mit einem Aufschlag von 25 Prozent.
4. Für Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag.
5. Am Sonnabend ist um 5 Uhr Arbeitschluß bei Bezahlung bis 6 Uhr.
6. Die zur Arbeit benötigten Handschuhe werden unentgeltlich geliefert.

Die Verhandlungen schlugen fehl, so daß unsere Absicht, eine ArbeitsEinstellung nicht eintreten zu lassen, nicht ausgeführt werden konnte. Der Streik brach aus. Herr Wermeister Sonnemann war nun bestrebt, an Stelle seiner eingearbeiteten Leute jene nützlichen Elemente zu bekommen, von denen man nur dann einen merkbaren Ertrag zur Arbeit erhalten, wenn es gilt, die Plätze streikender Arbeiter einzunehmen. Das geschieht oft nicht ohne Berechnung. Die Arbeitswilligen wissen, daß während eines Streiks Behandlung und Bezahlung meist schon anders ist als vor dem Streik. So auch hier. Es ist vor allem Werkmeister Sonnemann ein ganz anderer geworden. Nicht nur, daß er die Streikbrecher besser bezahlte, er ließ ihnen auch die rückständigste Behandlung zuteil werden. Obwohl die Arbeit langsam von statten ging, hörte man doch kein einziges scharfes Wort, während Sonnemann selber beim geringsten Fehler, der gemacht wurde, gebüllt und die Leute obendrein mit allen möglichen Schimpfworten und auch mit anderen Strafen bedacht hat. Auch bezüglich der Arbeitszeit hat Herr Sonnemann sozial denken gelernt. Während dort der Zehnstundentag gefordert wird, läßt er seine Streikbrecher nur 7 Stunden arbeiten. Die Streikenden würden in jetziger Jahreszeit 8 Stunden arbeiten müssen. Auf Anrufung des Gewerbegerichts wurde dann ein Vertrag abgeschlossen wie folgt:

Zwischen der Firma A. F. Walchow, vertreten durch Herrn Dr. A. Walchow, und dem Verbande der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Geschäftsstelle München, vertreten durch Herrn Karl Dämmel, kommt folgende Vereinbarung zustande:

1. Die Firma verpflichtet sich, von den ausständigen Arbeitern zwei Schotter und zehn Tagelöhner wieder einzustellen und bei neuerlichem Bedarf an Arbeitern die früher beschäftigten an erster Stelle zu berücksichtigen. Die wieder angestellten Arbeiter hingegen unterlassen jegliche Veräufung der zurzeit in der Fabrik beschäftigten Arbeiter.
2. Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde.
3. Der Mindestlohn, mit Ausnahme der Arbeitsbeschränkten, beträgt 30 Pf. pro Stunde.
4. Am Sonnabend ist um 5 Uhr Arbeitschluß mit Bezahlung bis 6 Uhr. Beide Teile behalten sich bis morgen mittag 12 Uhr das Widerrufsrecht dieser Vereinbarung vor.

Die diesbezügliche Erklärung ist bei der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts anzubringen.
S. u. g.
A. F. Walchow.
Karl Dämmel.
Dr. Brenner.

Am 16. November wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Dadurch, daß es die Betriebsleitung erst zu einem Streik kommen ließ, sind nun 10 Kollegen gezwungen, sich anderweit Arbeit zu suchen, weil ihre Plätze während des Streiks besetzt worden sind.

Auf dem Ostwerke S. O. de Brynna in Moosabell hatten am 10. November 23 Kollegen die Arbeit ein. Der Herr Direktor hatte einen „Lagebefehl“ erlassen, nach welchem das Holen von Trinkwasser und das Austrreten während der Arbeitszeit verboten wurde. Gegen dieses Verbot hatte ein Kollege gekündigt und aus der Fabrik abgehauen und seinen Kollegen Kofferdubbel geholt. O, dieser Freule! Er wurde sofort entlassen. Seine Kollegen, die in der Lausicht beschäftigt waren, wollten die Arbeit ein. Die in der Lausicht beschäftigten Kollegen verlangten die Wiedereinstellung. Bezüglich. Darauf wollten auch sie die Arbeit ein. Die Firma besteht hier erst ein halbes Jahr, aber so kurz ihre Existenz, so lang ist auch das Register, das man aufstellen könnte über die Mißstände, welche in dem Betriebe existieren. Die Löhne sind ungenügend und für Deckung der Bedürfnisse unzureichend.

Eine Zulage wurde oft versprochen, aber nicht gegeben. Die Schularrichtungen an den Maschinen sind mangelhaft, die Arbeiter in einem jämmerlichen Zustande. Während in letzterem Angelegenheit Abhilfe gesucht ist, wurde die Forderung auf 25 Pf. Stundenlohn und für Ueberstunden 40 Pf., an Sonntagen 45 Pf., abgelehnt, mit der Begründung, dieser Lohn solle bezahlt werden, wenn die Wochenleistung an Öl auf 10 000 Mio gekriegen sei. Die Unzufriedenen beschloßen Wiederaufnahme der Arbeit.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Gewerkschafters in Dresden hielt Endesanters gehalten in der zweiten Hälfte des Oktobers eine Reihe von Versammlungen in der dortigen Gegend ab.

Die Versammlung in Kossen brachte uns etwa ein Duzend neuer Mitkämpfer. Wähten doch an diesem Orte die noch unorganisierten Kollegen sich möglichst bald aufrufen zum Eintritt in den Verband, um ihre gar zu traurige Lage, die wir an anderer Stelle schildern werden, aufbessern zu können.

In R o h m e i n war, trotzdem unser Vertrauensmann eine lebhaftige Agitation entfaltet hatte, die Versammlung miserabel besucht. Sollte es wirklich das bischen Regen gewesen sein, was die Kollegen abhielt, in die Versammlung zu kommen? Am Tage darauf mußten sie doch auch bei dem Regen in die Fabrik gehen.

D i s c h brachte eine gutbesuchte Versammlung und auch einen guten greifbaren Erfolg.

Glänzend besucht war die Versammlung in M e i s e n, wo wir jetzt eine Zahlstelle von über 900 Mitgliedern haben und wo unsere Kollegen und Kolleginnen jede Gelegenheit ausnützen, um uns neue Mitkämpfer zu werben. Die Versammlung brachte uns auch anderen Organisationen einen Zuwachs an neuen Mitgliedern. Besondere Freude bereitete uns die lebhafteste und sachkundigste Diskussion, die sich an den Vortrag knüpfte und Zeugnis ablegte von der Intelligenz und dem Interesse der Diskutierenden.

Gut besucht und von gutem Erfolg war auch die Versammlung in K a d e b e r g und G r o s s h a i n. An letzterem Orte kritisierte der Reichstagsabgeordnete Genosse N i c h t e eingehend die örtlichen Verhältnisse, dabei die Anwesenden zur fleißigen mündlichen Agitation ermunternd.

In R e i t z war der große Saal bis zum letzten Platz besetzt. Die Versammlung gestaltete sich dadurch besonders interessant, daß der Buchhalter einer dortigen Firma als Gegner der Referentin gegenüber trat und ihr vorhielt, sie habe nur kritisiert, jedoch nicht gesagt, wie das Kritisierte gebessert werden solle. Vor allem habe er vermisst, daß die Arbeiter angefordert würden, vom Alkohol zu lassen, daß sie auf Kunst, Literatur usw. verzichten würden. Dagegen nahm er unsere Volksschulen in Schutz gegen den Vorwurf seitens der Referentin. (Der Hinweis vom J. L. miserablen Schulunterricht war übrigens nur nebenher, heiläufig gemacht worden.) Er mußte sich dann unter stürmischem Beifall der Versammlung von der Referentin lassen, daß er erstens sehr schlecht zugehört haben müsse und zweitens bitter wenig von der ganzen Arbeiterbewegung verstehen müsse, denn sonst dürfte es ihm nicht unbekannt sein, und von ihr, der Referentin habe er es heute abend wieder gehört, daß das A und O der gewerkschaftlichen Bewegung der Ruf sei: Organisiert euch! Daß, geküßt auf die Macht der Einigkeit, erst eine Vertikung der Arbeitszeit möglich sei, wodurch wir Zeit zum Lesen, zum Kunst- und Naturgenuss usw. erst erkämpfen müßten. Heute, wo der Arbeiter nicht selten 24- und 36-Stundenarbeiten zu machen, wo die Arbeiterinnen in der Fabrik 10 und 11 Stunden und daneben daheim 5 und 6 Stunden und darüber täglich zu schuften hätten, fehle ihnen nicht nur die Zeit, sondern auch die Kraft, die Aufmerksamkeit für solche Genüsse. Geschieht auf die Macht der Organisation, sei es erst möglich, einen höheren Lohn zu erzielen, der uns zunächst in den Stand setzen solle, ein besseres, reichlicheres Stück Brot, ein gefälligeres Kleid, eine gesündere Wohnung zu erringen, dann aber auch uns die Schätze der Literatur und Kunst zugänglich machen solle. Und seien es nicht die Organisationen, die Bibliotheken errichten, wissenschaftliche, Lichtbilder-Vorträge usw. veranstalten? Und sei all dieses Streben nach einem höheren materiellen und geistigen Niveau der Arbeiterklasse nicht der beste und erfolgreichste Kampf gegen den Alkoholismus? Moralprediger, die im Bewußtsein ihrer „edlen Eigenschaften“, ihres „besseren Wissens“ an ihre Brust schlagen und ausrufen: „Ich danke dir Gott, daß ich nicht bin wie jene“ usw. die anderen gegenüber sich anmaßen, von ihrer hohen ethischen, sittlichen Werte aus diesen Aktionen zu erteilen, das sind wir nie gewesen, wollen es auch nicht sein. Wir wollen die traurigen Zustände ändern, und um daran zu helfen, rufen wir alle Mühseligen und Beladenen auf: Kommt her zu uns, organisiert euch! V-ge Hand an, um dort Wandel zu schaffen. Dann wird uns in Folge der besseren Zustände, ja schon durch den Kampf um dieselben die Menschen veredelt, in geistiger, sittlicher, intellektueller Beziehung auf eine höhere Stufe gehoben werden. Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung sei die Kriminalstatistik, die nachweise, daß in Gegenden mit starken und alten Organisationen die Rohheitsdelikte weit geringer sind, als in Gegenden ohne, oder mit ganz jungen Organisationen. Das selbe treffe zu bezugnehmend des Alkoholismus. Von einem Kollegen mußte der Herr sich lassen, ob er denn nichts davon erfahren habe, daß die von den Gewerkschaften veranstalteten Vorträge, in denen Dr. Fröhlich über die Schädlichkeit des Alkohols referieren sollte, von der sächsischen Behörde verboten wurden. Ob er wirklich die Stirn habe, den hiesigen Arbeitern mit einem Stundenlohn von 22 Pf. zu sagen, sie sollten sich Werte unserer Dichter zulegen, wo es nicht einmal zum trockenen Brot reiche. Als der Herr so abgeführt worden, spielte er den Gebräkten, beschwerte sich über den Ton, den man ihm gegenüber, der unserer Partei am nächsten stehe, ihr freundschaftlich gekannt sei, angefahren habe. Eine nette Freundschaft das! Na, es muß auch solche Klänge geben. Zahlreiche Aufnahmen wurden in und nach der Versammlung erzielt.

In S o b a u war die Versammlung den Umständen nach gut besucht. Etwa zehn Aufnahmen wurden erzielt, so daß jetzt eine selbstständige Zahlstelle geschaffen werden kann. Der Parteivorstand verspricht, sich einweisen noch der Sache anzunehmen zu wollen.

Gut besucht waren auch die Versammlungen in D e d e r o n und F r e i b e r g. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer dortigen Kollegen werden wir an anderer Stelle berichten.

Gut besuchte Versammlungen und eine Anzahl Aufnahmen erzielten wir ferner in S o h l i s und B i s c h o w i k. Ueberfüllt war die Versammlung in M a g e l n, die uns einige 50, den Metallarbeitern 100 Aufnahmen brachte. Fröhlich besuchte Versammlungen hatten wir ferner in D r e s d e n selbst im Dianasaal und im Feldschlößchen. Die letztere gestaltete sich dadurch besonders interessant, daß der Knappfabrikant Sonntag geladen und auch erschienen war unter Leitung seines früheren Prokuristen. Es war ein ziemlich langer Sündenregister, was der Herr zu hören bekam. Nichtinnehaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Punkte für die Jugendlichen, Nichtinnehaltung der gesetzlichen Feierabendstunden am Sonnabend für die Arbeiterinnen, außerordentlich niedrige Entlohnung der jugendlichen Arbeiterinnen (5 Mk. die Woche), außerordentlich niedrige Entlohnung für Neueintretende (für die in anderen Betrieben wird so lange Tagelohn gewährt, bis sie sich eingearbeitet haben), Verhängung von Strafen (für eine

Minute Zuspätkommen 10 Pf., für Sprechen bei der Arbeit 10 Pf. usw.), eine miserable Behandlung der Arbeiterinnen seitens der Direktion usw. In der Diskussion meldete sich Herr Sonntag zum Wort und leitete seine Ausführungen damit ein, daß er sich hier verantworten wolle, denn er habe keine Lust, sich wegen einer Bagatelle bestrafen zu lassen. Dann aber mußte er zugeben, daß sowohl die geschlechtlich vorgeschriebenen Strafen, als auch die Feierabendstunden am Sonnabend nicht eingehalten werden, wenn viel Aufträge eingegangen seien, aber, so meinte der Herr, daß sei höchstens sechs mal im Jahre vorkommen. Strafen, ja die mühten sein, um — die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wenn eines der Mädchen ertrapt werde, daß sie zu ihrer Nachbarin gesprochen, da sage er dann, na, schreiben Sie 10 Pf. Strafe an! Inwiefern könne er nicht mehr zahlen, wie 5 Mk. die Woche. Im übrigen sei er stets bereit, soweit die Konkurrenz das erlaube, im Interesse seiner Arbeiter zu handeln. Er verurteile es auch ganz entschieden, wenn von der Direktion Schimpfworte, wie die angeführten, gebraucht würden, da sollten die Arbeiterinnen nur immer getrost zu ihm kommen, er werde Remedur schaffen. Die Referentin unterstrich es zunächst, daß Herr Sonntag zugegeben, daß bei ihm das Gesetz übertrieben werde. Wie oft es geschehen, sei vorläufig nebensächlich, jedenfalls werde Herr S. nicht behaupten können, daß es fünf sechs mal im Jahre geschehen. Wenn Herr S. der Meinung sei, die Strafen seien notwendig zur Aufrechterhaltung der Ordnung, und einmal angenommen (nicht zugegeben), es sei so, so werde Herr S. es auch jedenfalls als selbstverständlich betrachten, daß er für das (von ihm selbst zugegebene) Übertreten der Gesetzesbestimmungen ganz empfindlich auf die Finger gelopft werde. Herr S. erhebe Strafen fürs Zuspätkommen, ohne jede Minute derselben, da sei es doch nur recht und billig, wenn die Obrigkeit jede Minute mit Strafen, die Herr S. seine Arbeiterinnen über die vorgeschriebene Zeit arbeiten ließe. Sie hoffe, der überwachende Beamte werde die nötige Meldung schon vorziehen. Uebrigens sei die ganze Art, wie Herr S. die Angelegenheit hier behandle, ein Beweis für die ganz konträre Auffassung seinerseits und unsererseits. Herr S. erkläre noch einmal: Na, schreiben Sie 10 Pf. Strafe an. Die Arbeiterin aber, die mit 5 Mk. die Woche heimgehe, mühte sich mit jedem Pfennig rechnen, für sie bedeuten 10 Pf. Weg ein Stück Brot weniger, um den Hunger zu stillen. Uebrigens, was solle eine Arbeiterin mit 5 Mk. anfangen. Entweder sie müsse sich von ihren Eltern ernähren lassen, oder zur Dirne werden. (Hier sprang der Herr Prokurist wie von einer Kanone gestochen empor und schrie: Das ist gelogen! Nachher erklärte dieser Herr, wenn die Mädchen mit 5 Mk. nicht auskommen könnten, weshalb sie dann die Arbeit annehmen? Wer laßt da?) Dankend nahmen wir Notiz von der Erklärung des Herrn S., daß er die miserable Behandlung der Arbeiterinnen seitens der Direktion verurteile und bekämpfen wolle, seien aber der Meinung, daß Herr S. dann auch mit gutem Beispiele vorangehen müsse und es nicht wieder machen dürfe, wie er es einer Arbeiterin gegenüber getan, die sich organisiert hatte, daß er sie sofort entließ und sie ein freies, verlogenes Frauenzimmer nannte. Herr S. ruft, das ist nicht wahr, worauf die Referentin erklärt, die Arbeiterin ist hier und wird es selbst bestätigen. Die Arbeiterin und Herr S. meldeten sich hierauf zum Worte, die Kollegin, um das Gesagte zu bestätigen und das Sündenregister des Herrn S. noch um ein bedeutendes zu verlängern, Herr S., um zu erklären, des erwähnten Falles könne er sich wirklich nicht mehr entsinnen! (Vorher hatte er gerufen, es sei die Darstellung unvollständig.) Im übrigen ersuchte er darum, durch die Organisation mit ihm zu unterhandeln, er stehe hier ja wie ein dummer Junge!

Wir nahmen dankend Notiz von dieser Erklärung und gaben dem Wunsch Ausdruck, möglichst auf friedlichem Wege, auf dem Wege der Unterhandlung, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Herrn S. durchzusetzen.

Beide Versammlungen brachten uns einen hübschen Mitgliederzuwachs. Ueber einen Punkt möchten wir im Anschluß an den Bericht über diese Tour unserer Meinung Ausdruck geben. In Dresden, Meissen und Mügeln haben wir große Mitgliedschaften, in den beiden ersten Orten fast 1000. Es ist unumwunden, daß ein Arbeiter, der schwer den Tag über fürs Brot schaffen muß, die Kohlerarbeiten auf die Dauer im Nebenamt erledigen kann, da ist es nur zu erklärlich, wenn ihm die Arbeiten über den Kopf wachsen. Kommen dann Unregelmäßigkeiten vor, nicht weil er unehrlich oder leichtsinnig ist, sondern weil er die Arbeit nicht bewältigen konnte und manches vergaß, zu pastieren, so ist sein guter Ruf dahin, die Zahlstelle leidet schwer Schaden, geht retour, wohingegen ein besoldeter Beamter diesen Schaden entgeht, da er Zeit genug besitzt, seines Amtes zu warten und daneben das noch brachliegende Feld für die Organisation bebauen kann. Es wäre daher zu wünschen, wenn sowohl die Mitgliedschaften der genannten Orte, sowie unser Vorstand baldmöglichst Anstalten treffen möchten, hier sowohl wie überall, wo die Verhältnisse ähnlich liegen, besoldete Beamte anzustellen im Interesse unseres Verbandes.

Luisa Bick

Korrespondenzen.

Leipzig. Am vergangenen Sonntag tagte im „Gartenhaus“ eine leider sehr schlecht besuchte öffentliche Versammlung. Arbeitersekretär Zielhosen hielt einen Vortrag über: „Der Wert der Arbeiterorganisation und die Schutztruppen des Unterwärtigen“. Einleitend rügte der Referent den schlechten Besuch der Versammlung. Es scheint fast, daß alle Duisburger Arbeiter zurecht seien. Gerade die Hilfsarbeiter hätten im Gegensatz zu den gelehrten Arbeitern alle Ursache, ihre Lage zu verbessern. Eine andere Ursache des schlechten Besuchs sei auch die lange Arbeitszeit; diese mache die Arbeiter unzufrieden und lasse das Bedürfnis, aus dieser Knechtschaft herauszukommen, schwer aufkommen. Trotzdem dürfe man nicht verzagen und in der Agitation nicht erlahmen. Was in öffentlichen Versammlungen nicht zu erreichen ist, das müsse durch die Agitation von Mund zu Mund zu erreichen versucht werden.

Freienwalde a. d. Odet. Sonnabend, den 12. November, wurden die Ziegelfreier Wilhelm Raack aus Freienwalde und Ernst Schaefer aus Schiffsbrügge wegen Hausfriedensbruchs und Verletzung vor den Schranken des Preussischer Gerichts. Eingangs der Verhandlung gesteht ein einer von ihnen, ohne zwingenden Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sie bei dem großen Ziegelfreierverein im vergangenen Jahre nicht mitgewesen hätten und sie auch nicht Mitglieder des Verbandes wären. Demnach sollten diese Worte auf der Grundlage eines gewaltigen Einbruchs stehen, doch das mit Rücksicht auf die überreichlich verlesenen Protokollregister bei der Angeklagten erleichtert ihnen die Aufgabe, ihr geträubtes Gedächtnis in das rechte Licht zu setzen. Sie hatten auf der Reduzierten Ziegelfreier in Arbeit gestanden. Am 25. Juli d. J. wurde das Arbeitsverhältnis aber ein plötzliches Ende. Nachdem sie sich wohl erst recht Mut angetrauen hatten, erschienen die fragenden und lachenden auf der Ziegelfreier. Dort ließen sie sich Angehörigen der Ziegelfreier immerzu fragen, ob es nicht ein Einwand. Als sie daraufhin zum Verlassen des besagten Platzes aufgefordert wurden, leisteten sie dem Ziegelfreier keine Folge. Raack verlangte die sofortige Herausgabe ihres Arbeitslohnens und ihrer Papiere. Dagegen ihrem Wunsch nach nachzugeben wurde, entsetzten sie sich doch auf eine energische Aufforderung hin auch nicht leicht. Im Verlaufe des

Erzähltes bedachten sie die Familienangehörigen des Besitzers der Ziegelfreier nicht bloß mit groben Schimpfworten, sondern stießen auch Verwünschungen aus, die auf das Unstuhngedächtnis der lieben Nächsten gerade nicht sehr angenehm wirken konnten. Es sollte sogar auch Wut geben. Aus diesem Anlaß waren die beiden Friedensrichter vom Schöffengericht zu recht ansehnlichen Freiheitsstrafen verurteilt worden, wogegen sie aber Berufung eingelegt hatten. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Lüder, machte geltend, daß der Erzähler nicht den Charakter eines Aufwuhlers gehabt hätte. Er bat um mildere Beurteilung der Sachlage und um eine Herabsetzung des Strafmaßes. Der Staatsanwalt beantragte die Zurückweisung der Berufung. Nach längerer Beratung sprach der Gerichtshof die beiden Angeklagten des Hausfriedensbruchs und der öffentlichen Verleumdung schuldig. Raack wurde zu zwei Monaten und Schaefer zu einem Monat und drei Wochen Gefängnis unter Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Außerdem wurde den Beteiligten die Publikationsbefugnis zugesprochen. — Es ist an sich nicht neu, daß das Unternehmertum vor seinen eigenen Arbeitswilligen durch den Spruch eines Staatsgerichtshofes geschützt werden muß. Trotzdem aber werden streitfeindliche Arbeitswillige gar zu gern als brauchbare, staatsbehaltende „Ordnungs“taten betrachtet. Im Klassenstaat muß auch die Ironie ihr Feld behaupten.

Hamburg-St. Georg. In der Versammlung am 10. November wurde die Abrechnung vorgelegt und der Bericht von der Gaukonferenz gegeben. Ein Fall soll noch einmal der Lohnkommission unterbreitet werden. Alsdann vertrieb der Kollege Böller auf die Verschmelzung der Zahlstellen und gab gleichzeitig den Jahresbericht. Im Berichtsjahre wurde eine Agitation hauptsächlich unter den Arbeiterinnen unternommen. Verschiedene geschwundene Missetaten wurden der Gewerbeinspektion unterbreitet, und dadurch abgeschafft. 4 Kolleginnen wurden, da sie unserem Verbands beitraten, gemahnet, dieselben wurden statutengemäß unterstellt. Die Agitation war eine gute zu nennen, denn sie führte uns verschiedene Mitglieder zu. Unsere Kasse hatte durch die Unregelmäßigkeit des früheren zweiten Bevollmächtigten Blöning 1700 Mk., derselbe unterstrich 925,04 Mk. und schätzte nach Holland, wo er sich erkrankte. Die Verbandskasse hatte eine Bilanz von 4020,44 Mk. gegen 3666,45 Mk. im Jahre 1903. Die Kasse hatte eine Einnahme von 2063,05 Mk. gegen 1626,05 Mk. im Jahre 1903, also ein Mehr von 438 Mk. Gesamt-Mehreinnahme 791,99 Mk. Die Gesamt-Ausgabe der Kasse mit dem unterschlagenen Gelde betrug 3880,96 Mk. Zur Erledigung der Geschäfte und Agitation tagten 83 Versammlungen, welche durchschnittlich von 10 Prozent der Mitglieder besucht wurden. Im Berichtsjahre starben 4 Mitglieder, ausgeschlossen wurden 2. Gegenwärtiger Bestand: 415 Mitglieder, gegen 513 im Jahre 1903; die Abnahme von 98 Mitgliedern ist nur scheinbar, weil der frühere zweite Bevollmächtigte keine genaue Buchführung hatte.

Perzfeld. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 13. November. Kollege Bernowicz hielt einen Vortrag: „Die allgemeine wirtschaftliche Lage.“ Hierauf gab Kollege Pöblicher den Bericht von der Gaukonferenz. Des weiteren wurde die Gründung einer Zahlstelle für den 1. Januar 1905 beschlossen. Kollegen, das Arbeitsfeld, welches wir zu bearbeiten haben, ist groß, die Zahl der Organisierten sehr gering. Aus ein jeder seine Pflicht, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben.

Konstanz. Die am 23. Oktober im Gasthaus „Germania“ abgehaltene Versammlung war von den Mitgliedern gut besucht. Der zweite Bevollmächtigte erstattete den Klassenbericht vom 3. Quartal, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Hierauf erstattete der 1. Bevollmächtigte den Jahresbericht, aus welchem zu entnehmen ist, daß im letzten Jahre 21 Mitgliederveranstaltungen tagten, in welchen 5 Vorträge gehalten wurden. Zur Gründung der Zahlstelle fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Wöhrner aus Cannstatt referierte, wodurch wir einige Erfolge erzielten. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 38 auf 51. Alsdann kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Zum Schluß richtete der 1. Bevollmächtigte durch einen Appell an die Anwesenden, fest und treu zur Organisation zu halten und in jeder Beziehung dieselbe zu fördern.

Nietleben. Am 13. November tagte im „Gasthof zur Sonne“ unsere Mitgliederversammlung. Es wurde die Abrechnung vom letzten Vergangenen vorgelegt und die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Unter „Verschiedenes“ wurde die Lokalfrage gestellt. Bis jetzt haben uns zwei Lokale zur Verfügung: das Restaurant „Zur Tanne“ und das Restaurant „Zur Sonne“. Erstere ist verkauft. Ob der neue Eigentümer es uns wieder zur Verfügung stellen wird, muß abgewartet werden. Welche Rolle der „Gasthof zur Sonne“ in Nietleben in der Arbeiterbewegung gespielt hat, ist ja bekannt. Es ist das dritte Mal, daß wir uns genanntes Lokal erobern mußten, und wenn sich die Arbeiter nicht daran gewöhnen können, nur in diesem Lokale zu verkehren, dann wird uns der „Gasthof zur Sonne“ wieder verloren gehen. Was dann? Wo sollen wir dann unsere Angelegenheiten regeln? Kollegen, ist es nicht unanständig von euch, von allen, wenn ihr euch wochen- und monatelang nicht in unserem Verbandslokale sehen laßt, und euer Geld bei den Wirten vergerht, in deren Lokalen ihr nicht mehr Recht habt, als eben euer Geld loszuwerden? Führt ihr nicht, wie ihr euch blamiert, wie ihr euch in den Augen dieser Wirte selber herantreibt? Welch grau-samer Spott liegt für die Arbeiter in den Worten jener Wirte, wenn sie ja, wir brauchen unsere Lokale nicht zu Versammlungen herzugeben, die Arbeiter kommen ja doch zu uns. Kann das so weitergehen? Unmöglich! Darum besinnt euch, und verkehrt nur noch im „Gasthof zur Sonne“.

Weinbölla. Die Steingutsabrik Neu-Sörnnewitz scheint allem Anschein nach sich jetzt dafür rüden zu wollen, daß in diesem Jahre unsere daselbst beschäftigten Kollegen eine Regelung der Arbeitsbedingungen erstrebt hatten. Sie hat vier Kollegen entlassen. Der Grund sei im folgenden wiedergegeben. Die Dienstreiter hatten am 11. November eine Nachsicht von zwölfstündiger Dauer gemacht, nachdem sie bereits eine vierundzwanzigstündige Schicht hinter sich hatten. Als sie nach Hause gehen wollten, wurde an sie das Verlangen gestellt, sie sollten erst noch den Ofen füllen. Nun waren die Arbeiter nicht nur ermüdet durch die Nachsicht, sie hatten sich auch keine Nahrungsmittel mitgebracht. Es war nun ganz natürlich, daß sie das Ansuchen ablehnten. Es sei bemerkt, daß es sich nicht um ein- oder zweiwöchentliche Überarbeit handelte, sondern was man den Kollegen zuwarte, war nicht mehr und nicht weniger als eine zwölfstündige Schicht! Weiter sei bemerkt, daß auch in der vorausgegangenen Woche eine sechsunddreißigstündige Schicht gearbeitet worden war. Die Kollegen gingen also nach Hause. Infolgedessen wurden von 19 Mann vier entlassen, und zwar solche, die an der Lohnbewegung im Frühjahr teilgenommen hatten. Für die Entlassenen wurden sofort andere eingestellt. — Der Herr Direktor behielt da ein Verfahren, das als geeignet für die Aufrechterhaltung eines gewissen Verhältnisses zwischen Betriebsleitung und Arbeitern nicht bezeichnet werden kann. Mit gewichtigen Gründen haben die Kollegen die Überarbeit verweigert. Eine einseitige Betriebsleitung hätte diese Weigerung nicht mit Entlassung bestraft, sondern zum Anlaß einer vernünftigen, den Gesetzen der Humanität entsprechenden Regelung der Arbeitszeit genommen. Letzteres wird auch der Herr Direktor tun müssen, wenn nicht noch ganz anders geartete Konzepte ausbrechen sollen. In solchen Dingen sind auf den „Herrn im Hause“ hinaus zu spielen, den Schatzmacher herauszuheben, ist ganz verkehrt. Bewegen sich die Anforderungen an die Arbeiter im Rahmen des Berechtigten und Möglichen,

dann erfüllen sie die Arbeiter ganz von selbst; sind die Anforderungen unvernünftig, dann ist die Erfüllung auf die Dauer auch unter dem Aufwand größter Kraftstoffe nicht zu erzwingen. Wir wünschen nur, daß der Direktion die erforderliche Einsicht in bezug auf das, was man den Arbeitern in der Arbeitszeit zumuten kann, und was nicht, recht bald kommen möge.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 9. November folgende Beträge ein:

Bietigheim 61,10.	Müchendorf 43,50.	Pöschappel 518,—.
Meißen 600,—.	Linden I 1007,07.	Broitzheim 69,53.
Gmund 29,30.	Halle a. S. 200,—.	Bettin 7,30.
Garsburg 43,95.	Lägerdorf 40,—.	Portl i. S. 34,88.
Bangensfelde 60,—.	Burg b. M. 12,80.	Kositzheim 17,93.
Osterwieck 100,—.	Bunzel 30,—.	Stolzenhagen 37,45.
Helmstedt 106,50.	Bergedorf 121,46.	Büneburg 152,20.
Annweiler 22,20.	Seipzig-West 83,50.	Sommerfeld 39,15.
Bauterbach 23,85.	Untertürkheim 61,—.	Wigenhausen 3,40.
Seelze 82,50.	Erkner 58,35.	Wieber 38,78.
Wittenberge 101,33.	Wandsbel 400,—.	Sandberg a. B. 100,—.
Dresden 600,—.	Althaldensleben 137,25.	Regenborn 28,46.
Kreefeld 61,35.	Anderten 3,—.	Nietleben 42,35.
Ullingen 82,12.	Großmühlten 37,70.	Goldig 37,85.
Schiffel 700,—.	Kositz 7,80.	Berlin 1549,33.
Thale 40,35.	Mainz 123,86.	Spandau 234,17.
Salze a. S. 95,42.	Braunschweig 1400,—.	Brudmühl 14,64.
Legel 65,90.	Wilhelmshagen 400,—.	Uhlenhorst 120,—.
Hinthen 108,60.	Wame 25,60.	Estermerda 13,65.
Apertau 10,84.	Halberstadt 150,—.	Werder a. S. 175,—.
Gufum 30,—.	Hörselt 138,76.	Wagberg 100,—.
Mälheim a. H. 100,—.	Wolgast 141,98.	Oberthürheim 50,40.
Ulm 24,97.	Teigel 329,90.	Neckermünde 150,—.
Markranstädt 396,79.	Schwoyitz 7,65.	Elze 17,25.
Kothenburgsort 500,—.	Altenburg (S.-A.) 105,67.	Gufum 21,41.
Gufum 21,95.	Brudhausen 24,85.	Röhm-Rippes 47,87.
Beltm 800,—.	Markranstädt 500,—.	Riel 358,52.
Delmenhorst 200,—.	Widau 163,—.	Frankenthal 100,—.
Charlottenburg 100,—.	Essen a. d. F. 95,06.	Winterhude 77,66.
Bismarcker 33,20.	Wahlungen 27,28.	Neckargartach 16,20.
Girmdorf 11,—.	Schöningen 31,70.	Wilsler 36,84.
Schönebeck 200,—.	Schluß: Dienstag, den 22. November, mittags 12 Uhr.	

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau 1. (Sitz Magdeburg.) Vorsitzender: Ernst Großmann, Fabrikstraße 5/6, S. 1. Tr. Kassierer: Karl Bähr, Gundersburgerstraße 25.
Gau 4. (Sitz Stettin.) H. Wiesenhütter, Verbindungsstraße 4 pr.
Bromberg. Richard Röhl, Schleusenau, Chauffeestr. 33.
Elbing. August Gels, Kleine Wunderbergstr. 3.
Hildesheim. Wils. Caspar, Wollenweberstr. 72.
Langensöls (Gau 2). Hermann Hornig.
Nederau. Paul Böhning, Hainbergstr. 157.
Paffang. Ludwig David, Pianegerstr. 45, 1. St.
Schöningen. Alex. Stahlmann, Büddenstr. 15.
Stuttgart. Gustav Abendschön, Stuttgart-Schlach, Kelterstraße 29.
Sulgan. Josef Kern, Sulgan.
Wedel. Joh. Kreuziger, Dinsgariusstraße, am Markt.

Eingegangene Zahlstellen.

Kadolzsch, Regenborn, Wendorf, Woluhl, Börsach, Lahe und Schmalzsch.
Die Mitglieder aus Griesheim und Hedderheim haben sich der Zahlstelle Frankfurt a. M., die aus Körsch der Zahlstelle Bitterfeld, die aus Wahlungen der Zahlstelle Gannstatt, die aus Brudmühl der Zahlstelle Kolbermoor angeschlossen.
Zu einer Zahlstelle verschmolzen sich die Zahlstellen: Hamburg, Barmbeck, Elbbeck, Elmshöfen, St. Georg, Hamm, Kothenburgsort, Uhlenhorst und Winterhude.

Inserate.

Zahlstelle Adlershof.

Die Mitgliederversammlungen finden jeden Donnerstag nach dem 1. jeden Monats, abends 8 1/2 Uhr, in Laus G e l l e s c h a f t s h a u s, Bismarckstraße 10, statt.
Die nächste Mitgliederversammlung findet am 8. Dezember statt. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Bericht vom Kartell, 4. Verbandsangelegenheiten und Verbindendes.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, die rückständigen Beiträge zu entrichten, damit wir mit den alten Marken abrechnen können. Laut Beschluß der letzten Versammlung ist unser Arbeitsnachweis beim Kollegen Gustav Tempel, Kronprinzstraße 46. [2,10 Mk.]

Zahlstelle Bergedorf.

Das Reisegehalt wird bei Wilhelm Holland, Weidenbaumweg 46 pr., ausbezahlt. [60 Pf.]

Zahlstelle Broitzheim.

Unsere Mitgliederversammlungen tagen jeden ersten Sonnabend im Monat auf der „Kotenburg“. [60 Pf.]

Zahlstelle Hamburg.

Das Bureau und der Arbeitsnachweis befinden sich Pöschappelstr. 27, 1. St. Geöffnet: Mittwags von 8—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen. [90 Pf.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Neumünster.

Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung bei Kellermann, Pönerstraße 7. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. [1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Osterwieck (Harz).

Unsere Mitgliederversammlungen tagen jeden dritten Sonnabend im Monat im Lokal des Herrn Eisecke, Ratsgarten. Reisegehalt wird zu jeder Tageszeit bei F. Schade, Nikolaisstraße 30, ausbezahlt. [1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Pforzheim.

Das Reisegehalt wird beim Kollegen Franz Köhler, Karlhardstraße 18, mittags von 12—1 Uhr, abends 7 1/2 Uhr, ausbezahlt. [75 Pf.]

Zahlstelle Tegel.

Am Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung in der „Waidmannslust-Schweizerhäuser“, Joh. Hofmann, Referent: Kollege Schmidt. Thema: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung“. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. [1,20 Mk.]

Slomke's Städtebuch.

Reiseführer durch Deutschland u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegeliste, 356 Seiten, geb. 1,20 Mk. In allen Buchh. zu haben oder gegen Eins. von 1,40 Mk. bei G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Konferenz für den Gau 3.

Sonntag, 30. Oktober, tagte in Magdeburg im Bürgerhaus die Gaukonferenz. Der Vorsitzende Pannide leitete die Konferenz mit einem Willkommen an die Delegierten ein. Vertreten waren die Zahlstellen: Magdeburg, Aschersleben, Staßfurt, Halberstadt, Dömitz, Osterwieck, Schönebeck, Dittelsleben, Burg, Althaldensleben und Quedlinburg. Kollege Pannide berichtete über seine Tätigkeit als Vorsitzender. Dabei verurteilte er die unvollständige Entsendung und Ausfüllung der von ihm vorausgabten Fragebogen zur Ausstellung einer Statistik. Die Wünsche der einzelnen Zahlstellen konnten nicht alle berücksichtigt werden, da die Tätigkeit des Gauvorstandes nur im Nebenamt stattfindet. In Zukunft wird diesem Uebelstande durch Anstellung von besoldeten Gauleitern abgeholfen werden. Im letzten Jahre wurden viele Anforderungen an den Gauvorstand gestellt. Fast sämtliche kändlichen Zahlstellen klagen über Mangel an geeigneten Personen für die Ortsverwaltungen, wozu auch die geringe Steigerung der Mitgliederzahl zurückzuführen ist. Innerhalb des Gau 3 wurden 1958 Mitglieder aufgenommen. Es traten aus 661 Mitglieder. Krank wurden 159 und arbeitslos 159 Mitglieder gemeldet. Es haben 43 öffentliche und 219 Mitgliederveranstaltungen stattgefunden. Zur Agitation wurden 8400 Handzettel und 1500 Flugblätter verbreitet. 61 Agitationsreisen wurden unternommen. Ferner wurden mehrere Besprechungen arrangiert und Hausagitationen vorgenommen. Auf Ersuchen des Zentralvorstandes fanden vier Kassenrevisionen statt. In der Diskussion über diesen Punkt bemängelt Kollege Pannide die zu späte Bestimmung der Konferenz. Pannide erwidert und gibt die Gründe dafür bekannt. Althaldensleben ist beauftragt von seiner Zahlstelle, dem Gauvorstand wegen Nichtbefolgung des Halberstädter Antrags: Agitationstour der Kollegin Zieg-Samburg einen Tadel auszusprechen. Seitens des Gauvorstandes wird erwidert, daß Frau Zieg plötzlich erkrankte, weshalb dem Wunsch der Zahlstelle Halberstadt nicht Rechnung getragen werden konnte. Althaldensleben und Schönebeck-Osterwieck bekräftigen die Ausbildung der Kollegen zu Referenten. Gaule wünscht Selbstbestimmung der Referenten durch die Zahlstellen und erklärt sich mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden. Kollege Dähms schiebt die Schuld an dem Mangel der Zahlstelle Genthin dem dortigen Bevollmächtigten zu, da bei diesem Kollegen nicht das nötige Interesse vorhanden sei. Als Beweis dienen die Vorgänge in der letzten Versammlung. In seinem Schlusswort geht Pannide auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein und ergänzt seinen Bericht. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Bericht der Delegierten wird nur von Magdeburg in Anspruch genommen. Die übrigen Delegierten verzichten auf einen Bericht. D. Dähms-Magdeburg erläutert in kurzen Worten das Aufblühen der Magdeburger Zentrale. Auf ein kampfreiches Jahr können hier die Kollegen zurückblicken. In den Fabriken von Gennie, Aders, Pubbe, Hauswald, Fließ und Pfeiffer u. Schmidt, sowie auf den Ziegeleien von Hühne, Wisner u. Guch sind teils bedeutende Erfolge erzielt. Die zehnjährige Arbeitszeit ist in allen Betrieben eingeführt. — Nach dem Abschluß des Berichtes von Magdeburg ergänzt er um 1 1/2 Uhr die Vormittags-Sitzung geschlossen. Die Nachmittags-Sitzung wird um 3 Uhr eröffnet. Zunächst erstattet der Kassierer Bode den Kassenbericht des letzten Jahres. Die Einnahme mit Kassenbestand vom letzten Quartal 1903 belief sich auf 1066,80 Mk. Dem gegenüber ist eine Ausgabe von 954,38 Mk. Mithin Kassenbestand am Jahresabschluss 112,50 Mk. Kollege A. Dähms erklärt, die Kasse revidiert und in bester Ordnung gefunden zu haben. Er beantragt Dechargeerteilung, welche einstimmig erfolgt. Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung: Agitation. Pannide referiert über die Agitationsweise der einzelnen Zahlstellen. Otto Dähms wünscht Flugblätter, die in packender Form Kritik an den herrschenden Zuständen üben. Eine Agitationskommission ist einzusetzen, um die teuren Heftelchen, die durch weite Reisen des Gauvorstandes erwachsen, zu sparen. Schönebeck kann sich mit einer Festlegung des Agitationsplans nicht befassen, da mit dem gegebenen Verhältnissen gerechnet werden muß. Dähms-Schönebeck wünscht mehr Decharge der Mitglieder. Die vielen Zahlen bei Flugblättern sind zu vermeiden. Auch die Personfrage spielt bei der Agitation eine große Rolle. Das Betriebs-Verkaufssystem ist mehr auszubauen. Auch müssen in den größeren Zahlstellen besoldete Beamte angestellt werden. Eine angemessene Bezahlung der Bevollmächtigten und Hilfskassierer liege im Interesse der Zahlstelle. Pannide beantwortet Tarifvorträge, namentlich in der Nahrungsmittelbranche. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Delegierten stimmen in ein dreifaches Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung ein. Um 5 1/2 Uhr wird die Gaukonferenz geschlossen.

Gau 8.

Am Sonntag, den 16. Oktober 1904, tagte in Falkenfelde bei Spandau in Tschorns Volksgarten die diesjährige Konferenz für den Gau 8. Nachdem der Spandauer Gesangverein durch Singen einiger Lieder die erschienenen Delegierten begrüßt hatte, eröffnete der Gauvorsitzende Kol. Bennenwig um 10 Uhr die Konferenz. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Agitation. 3. Anträge der Zahlstellen. 4. Wahl des Gauvorsitzenden. 5. Wahl des Ortes zur nächsten Konferenz. 6. Verschiedenes. Ein Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, wird von Funke-Berlin bekämpft und abgelehnt. Bruns-Berlin stellt den Antrag, den 4. und 5. Punkt von der Tagesordnung abzulegen. Er begründet den Antrag damit, daß er die ganze Konferenz für überflüssig und höchst unwichtig halte. Am 1. Januar 1905 trete der besoldete Gauvorsitzende sein Amt an, und daher sei es selbstverständlich, daß bis dahin der gesamte Vorstand weiter amtiere. Es wäre besser gewesen, wenn die Konferenz überhaupt erst im Januar getagt hätte. Der Antrag wird abgelehnt und die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 28 Delegierten und 3 Vertretern des Bauarbeiterverbandes. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Bruns-Berlin folgende Resolution ein: Einigkeit des am 22. Mai 1905 und folgenden Tage in Köln a. Rh. stattfindenden Gewerkschafts-Kongresses verpflichten sich die hiesigen Konferenzteilnehmer, dafür Sorge zu tragen, daß unter allen Umständen ein Berliner Kollege dorthin delegiert wird, um hierdurch die Möglichkeit zu geben, daß auch unsere Organisation bei der Rekonstitution der Generalkommission berücksichtigt werden kann. Nachdem Bruns die Resolution begründet hatte, wurde sie einstimmig angenommen. Zum 1. Punkt erstattete zunächst Kollege Bennenwig seinen Bericht, aus dem folgendes hervorging: Es wurden 2 Zahlstellen und 3 Einzelmitgliedschaften neu gegründet, 2 Zahlstellen wurden vom Hauptvorstand zum Gau 8 geschlagen. Eine Zahlstelle ging ein und eine (Nizdorf) trat nach Berlin über. Am 1. Oktober 1904 bestanden 30 Zahlstellen und 4 Einzelmitgliedschaften mit ca. 6600 Mitgliedern gegen 29 Zahlstellen mit ca. 5800 Mitgliedern am 1. Oktober 1903. Den Kassenbericht gab Kollege Weibe. Der Gau hatte eine Einnahme von

892,56 Mk. und eine Ausgabe von 912,36 Mk., so daß ein Defizit von 19,80 Mk. vorhanden ist. Kollege Leichgaber-Röpenick stellt den Antrag, die von der Zahlstelle Röpenick aufgewendeten Mittel zur Gründung der Zahlstelle Niederlehne von der Gaukasse zu erlösen. Auf Grund dieses Antrages legte Bruns-Berlin eine Rechnung von 152,20 Mk. vor, welche die Zahlstelle Berlin für Agitation in der weiteren Entfernung Berlins ausgegeben hat, und beantragt, gestützt auf die in der vorjährigen Konferenz angenommene Resolution des Gauvorstandes, diese Kosten der Zahlstelle Berlin aus der Gaukasse zu erlösen. Er führte zur Begründung aus, wenn man eine derartige unglückselige Resolution einbringe und die Konferenz derselben zustimme, müsse man auch die Konsequenzen derselben tragen, und was einer Zahlstelle recht, sei der anderen nur billig. Funke bittet, den Antrag dahin abzuändern, daß nicht das Geld zurückgezahlt werden soll, sondern in den Kassenbericht als Beitrag der Zahlstelle Berlin an den Gau eingetragen und als für die Agitation ausgegeben verbucht werden soll. Es wurde stets behauptet, daß die Zahlstelle Berlin keine Lust habe, etwas für die Agitation im Gau zu tun, während tatsächlich große Summen seitens Berlin hierfür ausgegeben würden. Wenn eine andere Zahlstelle mal 5 oder 10 Mark an die Gaukasse abliefern, so werde davon großes Wesen gemacht, was aber tatsächlich von anderen Zahlstellen gefürchte, das werde stillschweigend übergegangen, und aus dem Grunde stelle Berlin diesen Antrag. Sämtliche Redner wandten sich gegen den Antrag Berlin und Röpenick. Kollege Weibe meinte, man solle nicht erst manövrieren. Da der Geschäfts- und der Kassenbericht nur unwesentlich kritisiert wurden, so wurde auf Antrag des Revisors einstimmig Decharge erteilt. Die gestellten Anträge wurden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Nach der Mittagspause erstattete die Mandats-Prüfungs-Kommission Bericht. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 36 Delegierten und 3 Vertretern der Bauverwaltung. Die Kollegen Bruns-Berlin und Zöllig-Bauarbeiter-Verband abgereist. Zum 2. Punkt der Tagesordnung stand der Antrag Freimauke: Wie ist die Agitation unter den kändlichen und Ziegeleiarbeitern am zweckmäßigsten zu gestalten, mit zur Debatte. Dieser ganze Punkt wurde von Zahlstellen-Angewandten ausgefüllt, welche sich vor allem gegen Berlin richteten. Funke-Berlin sprach über das Verhältnis, welches zwischen Berlin einerseits und Charlottenburg und Ziegel andererseits zurzeit besteht und schloß seine längeren Ausführungen mit den Worten, er spreche den Zahlstellen Charlottenburg und Ziegel jede fernere Daseinsberechtigung ab. Stahlberg-Charlottenburg antwortete hierauf mit persönlichen Unterstellungen gegen den Kollegen Bruns. Nachig-Oberschöneweide kritisierte den Tarif der Summarbeiter, den Bruns unterschreiben habe. Weibe trat ihm entgegen und legte die ganzen Verhältnisse klar. Da die ganze Debatte nun in ein persönliches Organele ausartete, wurde ein Schlussantrag eingebracht und durch Annahme desselben die Debatte geschlossen. Der Antrag Freimauke erledigte sich durch Annahme einer Resolution. Es muß jeder Zahlstelle überlassen bleiben, so am Orte zu agitieren, wie sie es am besten hält. Zum 3. Punkt der Tagesordnung lagen 3 Anträge vor. Der Antrag Spandau: Berlin und Boroote einen Arbeitsnachweis zu errichten, Kontrollstation Spandau, wurde auf Antrag Funke den Zahlstellen Berlin, Charlottenburg und Ziegel zur gemeinsamen Vorberatung überwiesen. Antrag Potsdam: Die Mitglieder von Potsdam protestieren gegen den Beschluß des Verbandstages betr. Anstellung der Baubeamten; sie sind der Meinung, daß den Gaukonferenzen das Vorschlagsrecht eingeräumt werden müsse, wurde abgelehnt. Antrag Johannisthal: Die Zahlstellen unseres Gau 8 mögen dafür streben, daß unser jetziger Gauvorsitzender, auch bei der Anstellung eines besoldeten Gauvorsitzenden berücksichtigt wird, wird zurückgezogen. Kollege Nachig bringt folgende Resolution ein und begründet sie: Da alle hier anwesenden Delegierten sich darüber einig sind, daß Kollege Bennenwig in seiner Eigenschaft als unbesoldeter Gauvorsitzender sich die volle Zuständigkeit seiner Auftragsgeber errungen hat, er von der am 16. Oktober 1904 tagenden Gaukonferenz dem Vorstande als besoldeter Gauvorsitzender zur Annahme besonders empfohlen wird. Diese Resolution wurde von Funke und Weibe beipflichtet, und nach einer heftigen Debatte mit 19 gegen 8 bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Zum Punkt 5 der Tagesordnung stellte Funke den Antrag, den Vorsitzenden so lange in seinem Amte zu belassen, bis der besoldete Beamte antritt. Der Antrag wurde angenommen. Zum Punkt 6 war der Antrag gestellt, den Vorsitzenden den Ort der nächsten Konferenz bestimmen zu lassen; auch dieser Antrag wurde angenommen. Zum letzten Punkt lagen zwei Anträge vor. Der Antrag Wittenberge: Bei Streiks hat der Gauvorstand einen Vertreter zu senden, wurde dem Gauvorstand überwiesen. Der Antrag Klauen: Bei Wahlen zum Verbandstag hat der Gauvorstand dafür Sorge zu tragen, daß die vorgeschlagenen Kandidaten den beteiligten Zahlstellen bekannt gegeben werden, wurde angenommen. Hiermit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Kollege Bennenwig schloß die Verhandlungen um 6 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die Organisation, in welches die Delegierten begeistert einstimmten.

Gau 15.

Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1903/04.

Unter langsamem aber stetem Wachsen des Verbandes innerhalb unseres Gau 8 vollbrachte der Gauvorstand in diesem nun abgelaufenen Geschäftsjahre seine Arbeit. In 20 Sitzungen erledigte der Gauvorstand seine Geschäfte. 38 öffentliche Versammlungen wurden arrangiert, außerdem wurden in einigen Mitgliederveranstaltungen Vorträge gehalten. Die Korrespondenzen belaufen sich in Eingängen auf 143 Briefe, 122 Postkarten, 12 Pakete und 3 Depeschen. Abgeschickt wurden 95 Briefe, 148 Postkarten, 32 Pakete, 125 Drucksachen und 2 Depeschen. Revisionen wurden 3 vorgenommen, außerdem mußte der Gauvorstand in anderen Angelegenheiten der Zahlstellen 8 mal eingreifen. Zur Verteilung kamen im Gau 1400 Flugblätter, teils in Versammlungen, teils bei Hausagitationen, außerdem wurden 900 Plakate verbreitet. Im Gau sind gegenwärtig 44 Zahlstellen. 4 Zahlstellen wurden neu gegründet, 3 gingen ein und 2 Zahlstellen wurden einem anderen Gau überwiesen. Über die Kassenverhältnisse wird Kollege Aufbach auf der Konferenz berichten. Auch über die Entwicklung und inneren Verhältnisse des Gau 8 kann erst auf der Konferenz berichtet werden, weil die Zahlstellen zur Hälfte die ihnen zugewandten Tätigkeitsformulare nicht zurückgeschickt haben. Der Gauvorstand.

Konferenz des Gau 17.

Unsere Konferenz tagte am 23. Oktober bei Kellermann. Der Jahresbericht des Gauvorstandes lag den Delegierten zusammen mit dem Kassenbericht gedruckt vor. Aus demselben

geht hervor, daß die Mitgliederzahl des Gau 8 am 31. Dezember v. J. 3423 betrug, wovon 952 weibliche, organisiert in 49 Zahlstellen. Wie stets der Fabrikarbeiter-Verband bei allen Bewegungen, wo ungelernete Arbeiter in Frage kommen, in Mitleidenschaft gezogen wird, so auch im Berichtsjahre. Es wurden im Gau gegen 400 Streikunterstützungen bei dem Streik der Rührner 170,95 Mk., der Kohlenarbeiter 156,95 Mk., der Kolporteurs der Gaub. Hausfrau 40 Mk., der Bauarbeiter etwa 7000 Mk., der Bauarbeiter beim Unternehmers-Roch in Wandersbel 72,25 Mk. Ferner mußten 13 gemahregelte Kollegen unterstützt und in vier Fällen das Gewerbegericht, zweimal das Amtsgericht durch Bevollmächtigte des Verbandes angerufen werden, um Kollegen zu ihrem Rechte gegen die Ausbeuterpraktiken der Unternehmer zu verhelfen. — Der Kassenabschluss ergibt Ausgaben von 1033,54 Mk. aus der Gaukasse, wovon 285,69 Mk. für Agitation, 400 Mk. jährliche Vergütung für den Gauleiter und 347,85 Mk. Verwaltungskosten. Diesen Ausgaben standen gegenüber an Einnahme 1230,76 Mk., so daß als Bestand 247,21 Mk. verblieb. — Der Vorsitzende Borger-Barmstedt machte in seiner Berichterstattung besonders auf die Notwendigkeit intensiver Agitationsarbeit unter dem weiblichen Proletariat aufmerksam und auf die Weiterbildung weiblicher Agitatoren. In tätiger Mitarbeit bei der Verwaltung in den Zahlstellen müssen weibliche Kollegen mit herangezogen werden, dann wird auch die gewerkschaftliche Organisation der Frauen Fortschritte machen. Was unsere Taktik im Kampfe mit dem Unternehmertum anlangt, so habe sich die jetzt angenommene Kampfmethode als die unter den obwaltenden Umständen für uns vorteilhafteste bewährt. Wir gedenken deshalb auch mit dieser Taktik den Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit energischer fortzuführen. Die Diskussion ergab, daß über die im Bericht niedergelegte Richtschnur für die von den örtlichen Verwaltungen einzuschlagende Taktik im ganzen Einmütigkeit unter den Delegierten herrsche. Wiesenbühler-Barmstedt betonte speziell die Notwendigkeit energischer und mit der nötigen Umsicht zu betreibender Agitation für unseren Verband unter den Bauarbeitern. Die größeren Zahlstellen müßten hierbei den kleineren helfend zur Seite stehen, wobei er auf das von der politischen Organisation gegebene Beispiel hinwies. Gleich diesem Kollegen sind die meisten Redner der Überzeugung, daß sowohl in der Agitation, wie auch in der praktischen Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder ein gut organisiertes Werkstätten-Delegierten-System und fleißiges Abhalten von Werkstättenversammlungen die geeignetsten Mittel sind. Andere Gewerkschaften sind ebenfalls diesen Weg gegangen und groß dadurch geworden; aber zum Abhalten von solchen Versammlungen muß man sich ebenfalls Material beschaffen, denn lediglich Fragezetteln nützt nichts; man müsse sich bestreben, Tatsachen sprechen zu lassen. Es wird auf Antrag Vogt-Weiteren beschlossen, daß der Gauvorstand wieder wie im vorigen Jahre an sämtliche Zahlstellen Fragebogen zu schicken hat, um Material zu sammeln und den Bevollmächtigten die nötigen Hinweise zu können zur Entfaltung einer planmäßigen Agitation auf Grund von Betriebsversammlungen. Bahlgreen-Weißbach wünscht die Herausgabe eines Agitationsflugblattes, da der „Proletar“ ihm veraltet erscheint. Es wird beschlossen, den Verbandsvorstand zur Herausgabe eines knapp gehaltenen Flugblattes aufzufordern und dieses mit dem „Proletar“ zusammen zur Verbreitung zu bringen. Auch soll Weißbach ein lokales Flugblatt vom Gauvorstand geliefert bekommen. Die Mandatsprüfungs-Kommission stellte fest, daß 36 Delegierte erschienen waren und 2 Mitglieder des Gauvorstandes. Die Konferenz einigte sich nach langer Debatte dahin, dieses Mal alle Mandate für gültig anzuerkennen, erneuerte aber auf Antrag Freimauke den Beschluß der vorigen Konferenz, daß die Wahlen zur Gaukonferenz nach demselben Modus vorzunehmen sind wie die Wahlen zum Verbandstage. — Es folgte nun eine eingehende Aussprache über das Verhältnis unserer Organisation zu den übrigen Verbänden ungelerner Arbeiter, wobei besonders der Bauarbeiterverband zu beachten ist. Borger bringt das auf unserer Verbandstage unversiehlte funktionierende Uebereinkommen nochmals in Erinnerung: „An Orten, wo Fabrikarbeiter und Bauarbeiter in so großer Anzahl vorhanden sind, daß jede Gewerkschaft eine eigene Zahlstelle bilden kann, sollen Personen, die in der Regel und zur Zeit ihres Beitritts zur Organisation auf Bauten beschäftigt sind, in den Verband der Fabrikarbeiter nicht aufgenommen werden. Desgleichen sollen an solchen Orten Personen, die in der Regel und zur Zeit des Meldens ihres Beitritts in Fabriken beschäftigt sind, nicht in den Verband der Bauarbeiter Aufnahme finden. Unter Fabrikern sind auch Ziegeleien verstanden. An kleineren Orten mit geringer Einwohnerzahl und an Zahl schwacher Arbeiterbevölkerung, wo es die Verhältnisse mit sich bringen, daß die Arbeiter abwechselnd einen Teil des Jahres in Fabrikbetrieben, der Landwirtschaft, in Ziegeleien und auf Bauten beschäftigt sind, soll es so gehalten werden, daß wenn eine der vorgenannten Organisationen eine Zahlstelle errichtet hat, die andere von der Gründung einer Zahlstelle Abstand nehmen soll. Für bereits vollzogene Mitgliedschaft soll folgendes gelten: Scheidet ein Mitglied einer der beiden Organisationen aus dem Fabrikbetriebe oder aus der Arbeit an Bauten aus, um eine anderweitige Arbeit zu nehmen, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Arbeitet es als Mitglied des Bauarbeiterverbandes auf einer Fabrik, so soll es von den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes nicht veranlaßt werden, aus dem Bauarbeiterverband auszutreten; veranlaßt es die Fabrikarbeit mit der Arbeit auf einem Bau, so soll es von seinen neuen Mitarbeitern nicht veranlaßt werden können, dem Bauarbeiterverband beizutreten. Nur ist die Anerkennung der jeweils geltenden Satzungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen von solchen Mitgliedern zu fordern.“ Vom Vorsitzenden wird den Bevollmächtigten zur Pflicht gemacht, für die strengste Durchführung dieses Uebereinkommens zu sorgen und darauf streng zu achten, daß niemand unseren Mitgliederbestand antastet. Wo solches nicht angängig erscheint, sollen Neugründungen von anderen Organisationen nicht stattfinden; sämtliche nicht handwerksmäßige Arbeiter haben sich im Fabrikarbeiterverband zusammenzufassen. Die Bevollmächtigten haben darauf zu achten, daß dies so bleibt, und daß nicht der Krieg der Organisationen untereinander überall platz greift. Die Organisation, welche am Orte existiert, ist von den örtlichen Parteien anzuerkennen; Neugründungen sind nicht zuzulassen. Dann wird beschlossen, die nächste Gaukonferenz, welche 1906 stattfindet, vor dem Verbandstage abzuhalten, und zwar in Hamburg. Hierauf schloß Borger die Konferenz mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Gau 18.

Unsere diesjährige Konferenz fand am 30. Oktober in Bremen im Lokal des Herrn Gashagen statt. Der Kollege Hartens-Garburg eröffnete die Konferenz 11 1/2 Uhr. Die Festlegung der Präsenzliste ergab, daß 8 Zahlstellen vertreten waren: Bremen, Delmenhorst, Oergerwerder, Lüneburg, Osterholz-Scharmbeck, Wilhelmsburg-Neihorsing, Garburg und Stade.

Nicht vertreten sind: Burgdam, Barel, Warstade und Brinkum. Den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes gibt Kollege Martens. Leider könne er in diesem Jahre nicht über einen besonderen Fortschritt berichten. Die Arbeitsverhältnisse in der Holz- und chemischen Industrie seien zwar besser geworden, trotzdem hätten aber viele Kollegen mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen gehabt. Besonders in den kleineren Städten sei kein Fortschritt zu verzeichnen. In den meisten Städten des 18. Gauces sei nur wenig Industrie vorhanden. Es sei deshalb schwerer gewesen, vorwärts zu kommen, trotzdem der Vorstand sich die größte Mühe gegeben habe. Neugründungen von Zahlstellen konnten nicht vorgenommen werden. Die Zahlstellen Brake, Nordenham und Burgdam seien eingegangen, während Holtmershausen sich der Zahlstelle Bremen angeschlossen habe. Der Vorstand habe sich mit Kollegen aus fast sämtlichen Städten des 18. Gauces in Verbindung gesetzt, um Anknüpfungspunkte zu suchen, doch leider ohne Erfolg. In den meisten Städten mußte von weiterer Agitation Abstand genommen werden, da die Verhältnisse es nicht angebracht erschienen ließen, mit der Gründung einer Zahlstelle vorzugehen. Den nächsten treffe dieses für Oldenburg und Ostfriesland. Besprechungen seien arrangiert in Stade, Barel, Osterholz-Scharmbeck, Oberstroh, Bineburg, Brake und Delmenhorst. In allen Versammlungen seien Referenten entsandt worden. Mehrfache Versuche, die Zigeleiarbeiter, die in großer Zahl im Reichdingen beschäftigt waren, zu organisieren, seien nicht von besonderem Erfolg gewesen. Bieleicht gelinge es im nächsten Jahre, weiter vorzubringen. Hausagitationen seien mit Unterstützung des Vorstandes vorgenommen in Osterholz-Scharmbeck, Brake und Stade. In Osterholz-Scharmbeck wurden 23 Mitglieder gewonnen. Auch in Brake ließen sich mehrere Kollegen in den Verband aufnehmen, doch war die Zahlstelle nicht zu halten. In Stade wurden einmal 20 und das zweite Mal 12 Mitglieder gewonnen. Von den Lohnbewerbern im Gau endeten einige mit teilweisem Erfolg. Im Dohrbetriebe der Firma Neugebauer-Harburg sollte ein Verbandskollege mit einem früheren Arbeitswilligen zusammenarbeiten, was er ablehnte. Hierauf wurde der Kollege entlassen. Da es den Anschein hatte, als wenn seitens der Vorgesetzten ein Vorwand gesucht werde, nur um den Mann entlassen zu können, stellten auch die übrigen, etwa 20 Mann, die Arbeit ein. Durch eine Verhandlung mit dem Firmeninhaber gelang es, die Differenzen beizulegen. Der Bauarbeiterstreik in Harburg, an dem etwa 30 Kollegen beteiligt waren, endete ohne Erfolg. Auf der Kohle-, Stroh- und Fischfabrik hatten etwa 25 Kollegen wegen einer Lohnföhrung von 30 Prozent ihre Abordnung eingereicht. Hierauf hat die Firma sich verweigert, die Lohnföhrung wieder zurückzunehmen. Bei der Firma Feltens & Gylla hatten 23 Arbeiterinnen wegen der Entlohnung von 3 Kolleginnen die Arbeit eingestellt. Durch Verhandlung mit der Direktion gelang es, eine Einigung zu erzielen. In Bremen hatten auf den Rüdmerischen Reismühlen 25 Kollegen die Arbeit eingestellt, welche Zahl sich später auf 300 erhöhte. Der Streik dauerte nahezu 6 Wochen. Der Streik, bei welchem es sich um eine kleine Lohnerhöhung und eine Verfürzung der Arbeitszeit handelte, endete mit einer Niederlage für andere Kollegen. Der Gau hat eine Abnahme von 27 Mitgliedern zu verzeichnen. Die meisten Zahlstellen haben jedoch im dritten Quartal 1904 bereits wieder einen Mitgliederzuwachs, jedoch der Verlust längst wieder überholt ist. Wie von den einzelnen Zahlstellen berichtet wurde, ist der Verlust im zweiten Quartal auf die starke Fluktuation infolge der Arbeitslosigkeit der Mitglieder zurückzuführen. Viele Mitglieder mußten den Wanderstab ergreifen und sich anderweit Arbeit suchen. Sie alle merkten sich in anderen Orten dem Verbands wieder angeschlossen haben, so daß sie nicht als verlorene Mitglieder anzusehen sind. Beweis dafür ist die Zunahme der Mitglieder des Verbandes, deren Zahl in den letzten zwei Jahren um nahezu 15 000 gestiegen ist. In der Zahlstelle Harburg wurden im zweiten Quartal 1904 173 Mitglieder neu aufgenommen. Sodann wird in die Diskussion eingetreten. Das Wort nimmt zunächst Helms-Preman, der namentlich den Zustand bei Rüdmer's beipricht und die Kritik der Ortsverwaltung in Schutz nimmt. Die Verhältnisse bei Rüdmer's hätten keine andere Lokal zugelassen. Rüdmer kritisierte sodann die neue Gewerkschaft, die in manchen Einzelheiten nicht als glücklich bezeichnet werden kann. Dienhofer-Lüneburg und Jortlieb-Kepfert berichteten, daß in ihren Zahlstellen wohl die Mitgliederzahl sich vermindert habe, die Löhne aber nur daraus erklärbar, daß mehrere junge Leute abgereist seien; sonst habe man an beiden Orten vorteilhaft gearbeitet. — Den Rednerbericht pro 1903/04 erstattete Böger-Harburg. Einer Einnahme von 559,55 Mk. steht eine Ausgabe von 488,45 Mk. gegenüber, es ist also in der Bilanz ein Bestand von 101,11 Mk. vorhanden. Eine Diskussion über den Kasienbericht wurde nicht beliebt und dem Kassierer Debarge erteilt. — Zum Punkt Agitation lag folgender Antrag Lüneburg-Harburg vor: „Der Gau lag möge beschließen, für den Norden des ersten Gauces eine Agitations-Kommission mit dem Sitz in Harburg einzusetzen. Die notwendigen Kosten trägt die Kasse.“ Eine Anzahl Redner empfahl diesen Antrag zur Annahme, da er für die notwendige Agitation in unserem Gau eine dringende Notwendigkeit ist. Martens-Harburg ist vollkommen vom dem Segen dieser neuen Institution überzeugt, weist aber darauf hin, daß sehr hohe Kosten für den Unterhalt der Agitations-Kommission aufgewendet werden müßten. Aus ihren eigenen Mitteln werden auch die leitungsstäftigen Zahlstellen im Zukunft die bisher noch unentzückten nach Kräften unterstützen. Im Frühjahr wird auch der Vorstand für den Antrag sein. Böger-Harburg will nicht nur durch den Antrag den Wunsch des Gauces nach Gründung einer Agitationskommission ausdrücken, sondern fordert die Gründung einer solchen Agitationskommission als eine absolute Notwendigkeit. Der Antrag wird darauf einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag auf Herausgabe eines Flugblattes an die noch der Dringlichkeit harthörigen, welches den Zahlstellen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt werden soll, findet ebenfalls Annahme. In letzten Tagen berichteten darauf die Delegierten von der Bewegung in den einzelnen Zahlstellen. Man habe überall gesehen, was zu tun notwendig war und zum Teil erhebliche Resultate erzielt. Leider sei an manchen Orten eine große Anzahl der Mitglieder zu verzeichnen. Unter der Landbevölkerung müsse eine intensive Agitation betrieben werden und namentlich das Bremer Landgebiet habe dieses sehr nötig. Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Besprechung der Verhandlungsberichte, liegt nichts vor, somit erfolgte Schluß der Versammlung.

Korrespondenzen.

Herrn. Folgendes plant die Großeinlaufsgesellschaft in diesem Jahre die Errichtung einer Zigarettenfabrik in einem der Städte. Man ist für eine solche industrielle Anlage günstig gestimmt. Die Lage an der Elbe und die Verkehrsverhältnisse sind sehr günstig für die Anlage. Die Anlage an dem Ort ist aber schon längst notwendig wegen der in den Gegend vorhandenen großen Zigarettenfabrik. Jedemfalls haben die Arbeiter und auch die Bevölkerung der Gegend ein Interesse an der Anlage, als die Großeinlaufsgesellschaft den Geschäftswert der Gegend zu erhöhen, deren Bevölkerungszahl sich voraussichtlich sofort auf über eine Million Menschen belaufen wird. Aber diese Freude war bei einigen weniger Herren, die den Plan für den Ort als eine Tölpelerei erachteten, nicht

vorgehen. Aus der Magistrat ist von der Gegnerschaft angegriffen worden. Sofort nach Bekanntwerden des Planes der Großeinlaufsgesellschaft wurde das Unternehmen als ein sozialdemokratisches verurteilt. Als ob Arbeiter, wenn sie sich zusammenschließen, um für sich selber zur Herstellung der Seife, die sie selber brauchen, eine Fabrik zu bauen, dadurch sozialdemokratische Politik treiben! In einer Petition, die 1106 Unterschriften gefunden, traten die Petenten für Zulassung der Seifenfabrik ein.

Schwerhausen. In der am 31. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Martens über: „Das Unsozialgesetz und seine Rechtsprechung“. Er führte aus: Das Gesetz stelle nicht die Volkswirtschaft dar. Aber ohne die Agitation und ohne den Kampf der Arbeiter würde es noch mangelhafter sein. Ein verletzter Arbeiter bedürfe der Pflege und Hilfe und erleide aber eine Verengerung seines Einkommens. Sämtlich Erwerbsfähige erhielten 66 2/3 Prozent ihres Einkommens. Das sei eine Härte. Auch die Herabdrückung der Rente beschlechte der Redner in gebührender Weise und streifte dann noch das Invalidenversicherungsgesetz, wobei er es tadelt, daß Arbeiterinnen bei Verheiratung ihre eingezahlten Beiträge zurückverlangen. Als Frau könne sie sehr leicht durch Wochenlohn oder andere Krankheiten invalid werden, wodurch sie, wenn weiter gehandelt sei, leicht Rente beziehen könnte. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde noch der Wunsch ausgesprochen, derartige Referate öfter zu halten.

Gr. Osterleben. Hier tagte am Sonntag, den 16. Oktober, im Strampfen des Bafals unsere Versammlung, die sich mit den Vorschlägen der Bevollmächtigten befaßte. Nach Erledigung dieses Punktes wurde die Bormahme einer Hausagitation beschlossen. Dann wurde angeregt, ob es sich nicht empfehlen ließe, alle Sonntage die Beiträge kassieren zu lassen. Man will erst abwarten, wie die Dinge sich gestalten werden. Es wurde beschlossen, unsere Versammlungen von jetzt ab des Sonntagsnachmittags abzuhalten. Der Kollege Jubeil machte bekannt, daß die vereinigten Gewerkschaften am Oete eine gemeinsame Bibliothek eingerichtet hat. Hierzu hat jedes Mitglied pro Jahr 10 Pf. zu zahlen, wofür es später zum Studium unentgeltlich entnehmen kann. Die Bervollkommnung unseres Wissens sei sehr notwendig und wir müßten uns dieser Einrichtung auch anschließen. Es wurde demgemäß beschlossen.

Hamburg. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung tagte am 30. Oktober bei Lütje. Ins Bureau wurden Borger, Friede und Barth gewählt. Kollege Borger gibt den Bericht der Lohnkommission, aus dem folgendes zu entnehmen ist: Die in der Remppel-Hamburger Summwaren-Kompagnie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stellten Ende vorigen Jahres die Forderung auf Verfürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und einheitliche Regelung der Lohnverhältnisse. Dieses Vorgehen wäre sicher von Erfolg gewesen, wenn die Geschäftsleitung nicht folgenden Trick angewandt hätte: Wenn bisher gangbare Artikel auf Lager gearbeitet, so wurden jetzt nur eingelaufene Orders bearbeitet. Diese Maßnahme hatte zur Folge, daß aus Mangel an Aufträgen, die durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges, indem der Absatz nach Rußland stockte, noch erheblich vermindert, die Arbeiterzeit mehrere Stunden gekürzt wurde. — Die Arbeiter der Abbeß und Summwaren von H. Ralmon reichten ebenfalls eine Lohnforderung ein. Durch Vermittelung der Lohnkommission erhielten die Arbeiter 1 Mk. Zulage. Die Anforderungen wurden einer Regelung unterworfen. Die in der Wäderei des Allgemeinen Krankenhauses in Eppendorf tätigen Kollegen richteten an die Direktion eine Eingabe auf Erhöhung ihres Lohnes von 21 Mk. auf 24 Mk. pro Woche. Die Forderung wurde von der Direktion dem Krankenhauskollegium zur Begutachtung unterbreitet; voraussichtlich wird sich die Bürgererschaft bei der nächsten Staatsberatung mit dieser Angelegenheit beschäftigen. — Außerdem war die Lohnkommission vorstellig bei der Direktion der Kassa-Kompagnie von Th. Reichardt in Wandsbek, bei der Firma Mohr (Holzlagerei), Exportbräuerei von Detjen & Schröder, bei der Firma Davids, Hamburg, mit ganzem oder teilweisem Erfolg. Maßregelungen fanden in 13 Fällen statt. Das Gewerbegericht mußte in vier, das Amtsgericht in zwei Fällen in Anspruch genommen werden. Es folgt die Beschwelung der Zahlstellen. Borger erklärt die Zahlstellen für aufgehoben, an deren Stelle die Zahlstelle Hamburg tritt. Die bisherigen Zahlstellen werden in Bezirke eingeteilt, deren Leiter in später stattfindenden Volksversammlungen gewählt werden. Dann erfolgte die Wahl der beabsichtigten Beamten. Zu wählen ist ein erster (Agitator), ein zweiter (Kassierer). Bewerbungen sind sechs eingegangen. Zu Vorschlag gebracht sind Lewin als erster, Bogt und Körner als zweiter. Von 249 abgegebenen Stimmen erhielt Lewin 223, Bogt wurde mit 143 Stimmen gewählt. Körner erhielt 81 Stimmen. Zum Schriftführer wurde Th. Friede, zu Revisoren wurden Schwarz, Binkens und Böttcher gewählt. In den Gauvorstand, dessen beabsichtigter Leiter Borger ist, wurden als Kassierer H. Schulte, Schriftführer Barth, zu Revisoren Bote, Remenzow und H. Schulte gewählt. Dann wurde von einigen Rednern zur weiteren Agitation auf den Arbeitsplätzen aufgerufen. In seinem Schlusswort dankte Borger allen denen, die an den Zahlstellen in erster Reihe gekämpft haben, und spricht die Hoffnung aus, daß durch die Anstellung der Beamten der Verband vorwärts kommen möge. Von den Beamten allein kann man nicht alles verlangen; jeder müsse mit seiner ganzen Kraft zur Seite stehen, dann gehe es vorwärts. Mit einem freudigen Hoch auf den Verband schloß er die imposante Versammlung.

Maudersheim. Sonntag, den 30. Oktober, tagte unsere Mitgliederversammlung. Der 1. Bevollmächtigte gab den Geschäftsbericht vom abgelaufenen Jahre. Darauf erstattete der 2. Bevollmächtigte den Kassierbericht, worauf die Versammlung Entlohnung erteilt. Darauf kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Kollege Hud sprach dann über die Ergebnisse des letzten Verbandstages. Er hebt dabei besonders die Erwerbslosenunterstützung hervor, die er als eine Notwendigkeit bezeichnet, gegen deren Einführung falle die Beitragserhöhung gar nicht ins Gewicht. In der Debatte wurde die Abhaltung mehrerer öffentlicher Versammlungen besprochen.

Oberschnewitz. In der Eisenbahnhöhre und besonders in der Abteilung des Meisters Fisch herrschen anheimelnde Zustände, auf welche einmal die Öffentlichkeit aufmerksam gemacht werden muß. Zunächst läßt die Behandlung durch den Herrn viel zu wünschen übrig. Diese Behandlung läßt keineswegs die Schlussfolgerung zu, als erkläre der Herr in seinen Mitarbeitern gleichberechtigte, mit Menschengeist ausgestattete Wesen, vielmehr sieht er sich in den Arbeitern höchst untergeordnete Wesen vorzufinden und sich betruhen zu fühlen, den Unterschied zwischen sich, dem hochgestellten Meister, und den Arbeitern sehr deutlich in Erscheinung treten zu lassen. In Betracht ist er aber doch auch weiter nichts, wie ein Lohnknecht des Kapitals, niemand leistet ihm den Gehalt, daß er nicht bereitwilling wieder einmal mit den Arbeitern auf gleicher Stufe steht. Er hätte also gar nicht notwendig seine Meisterwürde in der von ihm beliebigen Weise den Arbeitern gegenüber zu machen. Die er die Arbeiter achtet, so auch deren Rechte. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter eines Betriebes das Recht der Bestimmung, der öffentlichen Kritik haben, zu haben müssen. Das Recht, Maßnahmen zu kritisieren, Vordrungen ungünstiger Zustände fordern zu können, ist ein unbedingtes Recht, wenn sich die Zustände für die Arbeiter nicht unerträglich gestalten sollen. Von einem solchen Recht will aber der

Herr Fisch nichts wissen. Gegen ihn war die Klage in einer Fabrikbesitzerfamilie laut geworden, daß er seinen Leuten in ungenügender Weise Besetzung gebe. Was geschah? Derjenige, der der Klage Ausdruck gegeben, wurde entlassen. Das ist doch noch eine radikale Beseitigung von Unbeseizten. Anders verfährt man im heiligen Rußland ja wohl auch nicht. Künftig müßte man sich für seine Abteilung mitzureden in Bezug auf Arbeitsverhältnisse bemühen, verabsichtigt er den Kritikern Ohrfeigen! Es gehört eine ganz besondere Eigenhaft dazu, einen Menschen, der im 19. Jahre steht, zu überlegen. Jedenfalls ein Glück für Herrn Fisch, daß der Besetzung nicht so wie er gleiche Vorteile für schlagende Beweise beibringt, sonst hätte es ja eine hübsche Holzerei werden können, die den Respekt vor dem Herrn Meister ganz gewaltig gekürzt hätte. Daran sieht man aber, wohin die mangelhafte Organisation führt. Nur wenige gehören von der Drabzicherheit der modernen Organisation an. Die Detrenen vom katholischen Volksverein geben den Ton an. Herr Fisch soll sogar im Vorstand des katholischen Vereins sein. Da mag er wohl auch das Treten nach unten im Kreise seiner Ausbreitungen gelernt haben, aber wir sind nicht mehr gewillt, ihm das alles hingehen zu lassen. Er wird andere Satten aufziehen müssen. Den Kollegen aber rufen wir zu: Steine in die Organisation!

Planen i. S. Eine öffentliche Versammlung tagte am Sonnabend, den 29. Oktober, im Gewerkschaftshaus. Der Genosse Duth hielt einen sehr interessanten Vortrag über: „Die ideale Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaften.“ Aus dem trefflichen Vortrage seien folgende Hauptpunkte besonders hervorgehoben: Verschieden sind die Menschen veranlagt, der eine mehr ideal als der andere. Die Menschen ohne Ideal sind mehr oder weniger geistig verkommen. Es sind Genuehmensgen, Trinker, auch Streikbrecher. Der ideale Mensch fühlt den Drang in sich, sich zu vervollkommen, sich über das allgemeine Bildungsniveau zu erheben, er will nicht nur Geld verdienen. Das Schicksal im Menschen ist mehr anergogen, als angeboren. Die in der Jugend empfangenen Eindrücke bleiben zum größten Teil haften. Wie das junge Bäumchen der Stütze brennt, so das Kind der Anleitung vermittelst des Wortes, noch mehr des Beispiels. Diese Erziehung des Kindes bedarf unbedingt der Fortsetzung im Jünglings- und Mannesalter, sie ist mit einer Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Streue dem Wort: „Bildung macht frei“, suchen diese der Aufgabe in jeder Erziehung gerecht zu werden. Die Wahrheit, speziell die Arbeiterkraft, wird hierdurch auf eine höhere geistige Stufe gehoben. Die Bedürfnislosigkeit, einer unserer größten Feinde, wird mit der Zeit verschwinden. Der Arbeiter wird mehr und mehr erkennen, wie sehr verbesserungsbedürftig noch seine Lage ist, er wird sich gegen eine zu lange Arbeitszeit sträuben, weil sie eine Feindin aller Kultur ist. Er wird einsehen, daß kurze Arbeitszeit gleichbedeutend ist mit hohem Lohn, gleichbedeutend mit Förderung des Arbeiterschutzes und gleichbedeutend mit allen Förderungen der Kultur. Darum ist es Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen. Hierauf gibt der Bevollmächtigte die Abrechnung vom 3. Quartal. Aus derselben geht hervor, daß 56 Mitglieder ein- und 2 ausgestiegen sind. Zugereist sind 2, abgereist 6 Kollegen. Bestand 75 Mitglieder. Kollege Adler als Revisor konstatiert die Richtigkeit der Abrechnung, bemängelt die teilweise Rückstände mit Beiträgen und beantragt, dem Vertrauensmann Debarge zu erteilen, was einstimmig geschieht. Hierauf wurde Genosse Wendler wiederum einstimmig als Vertrauensmann gewählt.

Schnefeld. Im Laufe des Sommers hatten wir auf der hiesigen Textfabrik E. T. Weber eine Lohnbewegung, die für uns günstig verlief. Wir verhandelten mit dem Betriebsleiter, dessen unsere Forderungen, so, daß wir ein Eingehen auf unsere Forderungen erwarten konnten. Ein leichtes wäre es gewesen, einen Streik zu inszenieren, wir müßten aber, daß die Vermeidung einer Arbeitseinstellung im Interesse der Arbeiter und auch des Unternehmers liege, vor allen Dingen aber nahmen wir an, daß aus Anlaß dieser sachlich verlaufenden Lohnbewegung Entlassungen nicht vorkämen. Wir tauschten uns kurze Zeit nach den getroffenen Vereinbarungen äußerte der Betriebsleiter, indem er zwei Kollegen namentlich aufgeführt: „Die sind die ersten, welche bei passender Gelegenheit hinausfliegen.“ So wurde erst einer entlassen, der andere sollte bald folgen. Zwischen den beiden Entlassungen hatte die Firma aber wohl die Wahrnehmung gemacht, daß die übrigen Arbeiter ihr Spiel durchschauten. Die zweite Entlassung wurde dann unter recht eigenwilligen Beileitungscheinungen vollzogen. Es hieß, man wolle der Gerechtigkeit halber ausloien lassen, wer entlassen werden sollte. Nun war die Nummer 26 als entlassen ausgelost, entlassen wurde aber der Kollege, welcher bis zum 21. Oktober die Nummer 27 gehabt hatte! Alles Verhandeln nützte nichts, der Kollege wurde entlassen. Dies Verhalten dünkt uns nicht einwandfrei. Es ist geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu der Firma zu erschüttern. Sollte dies Verfahren eingeschlagen worden sein, um die Arbeiter einzuschüchtern, damit sie zufünftigen die Stellung von Forderungen unterlassen, so täuscht man sich, aber man erschwert den künftigen Ausgleich bei zufünftigen Differenzen, wenn man jene entläßt, die alles einsehen, um Differenzen ohne Arbeitseinstellung beizulegen.

Spandau. In unserer Versammlung hielt Genosse Niesel (Berlin) einen Vortrag über: „Die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital und die modernen Gewerkschaften.“ Rednerin führte vor Anwesenden in ihrem 1 1/2stündigen Vortrage an der Hand von Beispielen die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital von den frühesten Zeiten bis jetzt recht deutlich vor Augen. Sie rechnete im Laufe ihres höchst interessanten Vortrages mit den bürgerlichen Nationalökonomien ab, die da schreiben, das Kapital entstehe durch große Sparamkeit, und wenn der Arbeiter heute noch sparsam sei, so könnte er es auch noch zu etwas bringen. Diefem Gesunkter entgegnete sie vollständig den Boden, indem sie den Anwesenden an der Hand der Marxschen Mehrwert-Theorie nachwies, daß sich Kapital nur dadurch anhäufe, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter einen großen Teil des Verdienstes vorenthalte und ihn als letzten Profit, ohne etwas zu tun, in die eigene Tasche steckt. Das Bestreben der Kapitalisten gehe dahin, recht großen Profit zu erzielen. Daher werden die weniger leistungsfähigen und alten Arbeiter oftmals entlassen, ohne daß sich jemand darum kümmert, was aus ihnen werden soll. In der sogenannten Geschäftszeit werden Überstunden bis ins unendliche hinein gemacht. Es wird ständlicher Raubbau getrieben, um nur die Taschen auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter zu füllen, und wenn dann der Markt überfüllt ist — dann werden die Arbeiter, die ohnehin nichts sparen konnten, entlassen und dem Hunger preisgegeben. Ferner kam die Referentin noch auf die Frauenarbeit zu sprechen. Sie wies an zahlreichen Beispielen nach, wie das Bestreben der Unternehmer immer mehr dahin ginge, statt der Männer Frauen und selbst Kinder in die Fabrik zu stecken, um diese noch besser auszunutzen zu können. Dadurch sinken naturgemäß die Löhne der männlichen Arbeiter bedeutend. Daher ist es Pflicht der Männer, durch Agitation die Frauen aufzuklären und den Organisationen zuzuführen, damit sie nicht als Lohnbrüderinnen auftreten, sondern für gleiche Arbeit den gleichen Lohn verlangen. Leider werde in diesem Punkte seitens der Männer zu wenig gewirkt. Wenn jeder Kollege seine ganze Person für die Ausbreitung der Organisation einsetze, dann würde es auch bald besser werden. Reicher Beifall wurde der Referentin am Schluß zuteil. Eine Diskussion fand der vorgerückten Zeit halber nicht statt. Es wurden alsdann die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht.